

Danziger Zeitung.

№ 9072.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kellerbergstraße No. 4) und in allen Buchhandlungen des Reichs angenommen. Preis pro Quartal 4 Rthl. 50 S. — Ausland 5 Rthl. — Inserate, pro Petit-Beile 20 S., nehmen wir: in Berlin: G. Weydelt, R. Neumann u. N. Hoff; in Leipzig: Eugen Hoff und G. Engler; in Hamburg: G. Hoffmann und Bogler; in Frankfurt a. M.: S. A. Deane und die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schäfer.

1875.

Telegramme der Danziger Zeitung.
Paris, 15. April. Der „Agence Havas“ zufolge sind die Nachrichten über die Ernennung von Botschaftern in London, Wien und Constantinopel verfrüht; es würde vor der Rückkehr des Herzogs von Decazes nichts Definitives bestimmt werden. Gontaut-Biron ist gestern nach Berlin zurückgekehrt.

Die spanischen Regierungstruppen haben das von den Carlisten überraschte Fort Aspe bei Bilbao wieder eingenommen.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.
Junsbruck, 14. April. Der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin des Deutschen Reichs haben heute Morgen Junsbruck verlassen. Dieselben werden nach den bisher getroffenen Dispositionen den morgenden Tag am Gardasee verweilen und Freitag Abend in Verona eintreffen.

London, 14. April. Die jüngeren Kinder des deutschen Kronprinzlichen Paares sind im Geleit der Gräfin Reventlow wohlbehalten in Hastings eingetroffen. — Die Kaiserin Eugenie hat der „Cour“ zufolge die Reise nach Spanien aufgegeben und wird im Laufe dieses Frühjahrs Chislehurst nicht verlassen.

Abgeordnetenhaus.

44. Sitzung vom 14. April.
Das Haus setzt die zweite Beratung des Entwurfs der Provinzialordnung fort. § 95: „Zur Wahrnehmung der laufenden Geschäfte der kommunalen Provinzialverwaltung wird ein Landesdirector (Landeshauptmann) bestellt, welcher von dem Provinziallandtage auf mindestens sechs bis höchstens zwölf Jahre zu wählen ist. Der Landesdirector (Landeshauptmann) bedarf der Bestätigung des Königs. Wird die Bestätigung verweigert, so scheidet der Provinziallandtag zu einer neuen Wahl. Wird auch diese Wahl nicht bestätigt, so kann der Minister des Innern die commissarische Verwaltung der Stelle auf Kosten des Provinzialverbandes anordnen. Dasselbe findet statt, wenn der Provinziallandtag die Wahl verweigert oder den nach der ersten Wahl nicht Bestätigten wieder wählt. Die commissarische Verwaltung dauert so lange, bis die Wahl des Provinziallandtages, deren wiederholte Vornahme ihm jedwedezeitig zusteht, die Bestätigung erlangt hat. Der Provinziallandtag ist berechtigt, zur Uebernahme der commissarischen Verwaltung geeignete Personen in Vorschlag zu bringen.“

§ 96: „Der Landesdirector (Landeshauptmann) beauftragt das Bestätigungsrecht der Regierung zu streichen oder für den Fall der Annahme desselben auch bei Nichtbestätigung dem Landtage selbst die Ernennung des commissarischen Landesdirectors zuzuwenden. Schlichter schlägt eine Fassung des § 95 vor, nach welcher es lediglich der kaiserlichen Bestätigung des Landtages überlassen wird, ob ein Landesdirector zu ernennen ist oder nicht.“

Abg. v. Seeremann: Ich kann keinen zureichenden Grund für ein Bestätigungsrecht der Regierung gegenüber dem gewählten Landesdirector finden, da seine Thätigkeit keine Geschäfte der allgemeinen Landesverwaltung, wie z. B. Polizeiverwaltung, Militär-, Steuer-, Kirchen- und Schulanlagen, berührt, sondern nur eine wirtschaftliche Bedeutung hat und ihre Directiv durch den Provinziallandtag erhält, in welchem bei allen allgemeinen Landesangelegenheiten der Oberpräsident den Vorsitz führt. Die Provinz hat selbst ein Interesse daran, daß ein in jeder Beziehung erfahrener Mann gewählt wird, sie kennt auch die Persönlichkeiten am besten. Traut man ihr nicht zu, daß sie einen geeigneten Mann findet, so darf man ihr überhaupt keine Selbstverwaltung geben. Ein Bestätigungsrecht der Regierung ist um so weniger nötig, als ihr die Kreis- wie Provinzialordnung ein großes Eingriffsrecht durch das Bestätigungs- und Suspensionsrecht vieler Beschlüsse, Auflösung des Provinziallandtages u. s. w. giebt. Man darf nicht der Regierung die Möglichkeit geben, politische Rücksichten bei dieser Thätigkeit walten zu lassen, denn es muß jeder Einblick auf politische Verhältnisse aus diesem Gesetze fern bleiben. Die Besorgnis des Ministers des Innern, nach zweimaliger Verjagung der Bestätigung die commissarische Verwaltung der Stelle anzuordnen, vermindert das Princip der Selbstverwaltung. Ich schlage deshalb vor, daß nach zweimaliger Verjagung der Bestätigung der Provinziallandtag durch ein von ihm gewähltes Mitglied die Verwaltung übernimmt.

Abg. Schlichter: Durch den Bestätigungsrecht der Regierung unterliegenden Landesdirector, der nach zweimaliger Verjagung derselben einfach durch einen Regierungskommissar ersetzt wird, in Verbindung mit dem Einfluß des Landraths, der Wahlen für den Provinziallandtag nach seinen Wünschen durchgehen wird, wird eine vollständige Bureaucratie geschaffen; mag man also den Provinziallandtag entscheiden lassen, ob er ohne diese bureaucratistische Institution bestehen kann oder nicht. Die Regierung wird auf das Bestätigungsrecht des Landesdirectors nicht verzichten, man muß also wenigstens fordern, daß im Falle der Verjagung die Gründe angegeben werden. Wie solche Bestätigungsrechte gehandhabt werden, hat man vielfach, besonders in der Conflictszeit erfahren. Damals wurde z. B. einem Manne für ein communales Amt die Bestätigung verweigert, weil er einer Versammlung präsidirt hatte, die einen „gefährlichen“ Menschen auf ihren Schild gehoben hatte. Dieser „gefährliche“ Mensch war der sogenannte rote Vater, jetzt Mitglied des Herrenhauses und Oberbürgermeister der heiligen Stadt Köln. (Heiterkeit.)

Geh. Rath Persius: Die Staatsregierung will eine große Reihe von Angelegenheiten, welche bisher vom Staate verwaltet worden sind, an die Provinzialverbände abgeben. Ein Theil dieser Angelegenheiten wird den staatlichen Charakter auch in den Händen der Provinzialverbände behalten. Deshalb meint die Staatsregierung, auf die Bestätigung des Landesdirectors nicht verzichten zu können. Das Amendement des Abg. v. Seeremann, daß für den Fall der zweimaligen Nichtbestätigung der Provinziallandtag durch ein von ihm gewähltes Mitglied die Verwaltung übernimmt, macht den Vorbehalt der Bestätigung des Landesdirectors völlig illusorisch. Der Landesdirector ist die funda-

mentale Institution der ganzen Organisation, ihre Herstellung darf nicht von der Beschlußnahme des einzelnen Provinziallandtages abhängig gemacht werden, was durch die Annahme des Amendements Schlichter geschehen würde.

Referent Miquel: Man wollte in der Commission und der Frage der Bestätigung des Landesdirectors seinen oaus belli mit der Regierung machen, weil politisch Gründe hier kaum einwirken können, da der Landesdirector eine selbstständige Stellung in der Provinzialverwaltung nicht hat, sondern sich nach den Beschlüssen des Provinzialausschusses zu richten hat, also das Bestätigungsrecht auf den Gang der Geschäfte selbst nicht einwirken kann.

§ 95 wird unter Ablehnung aller Amendements unverändert nach den Beschlüssen der Commission genehmigt; ebenso die §§ 96a-99, die von den Bestätigungs- und der Amtsführung des Landesdirectors handeln, und § 100, der bestimmt, daß im Provinziallandtag dem Landesdirector besondere Beamte beigeordnet werden können; das Statut soll ferner bestimmen, welche Geschäfte vom Landesdirector mit diesen Beamten zusammen erledigt werden müssen. Die §§ 101-106 enthalten die Vorschriften über die Bureau-, Klassen-, technischen u. Beamten der kommunalen Provinzialverwaltung und der Provinziallandtage, ihre dienstlichen und Disciplinerverhältnisse. Zu diesem Abschnitt wird folgende Resolution des Abg. Richter angenommen: „Die Staatsregierung insofar, bezüglich der Ausführung der Vorschriften des § 104 der Provinzialordnung das für die Anstellung von Militärcavalieren bei Staatsbehörden geltende Verfahren einzuhalten.“

Der sechste Abschnitt (§§ 106 und 107) handelt von den Provinzial-Commissionen, die für einzelne Angelegenheiten eingesetzt und deren Zuständigkeit und Zusammensetzung vom Provinziallandtage bestimmt werden sollen. Der Abg. Richter beantragt, daß die Commissionen stets unter Wirkung des Landesdirectors arbeiten sollen; das Haus lehnt aber auf den Rath des Referenten Miquel diesen Vorschlag ab, und genehmigt beide Paragraphen.

Der sechste Abschnitt (§ 108-121) enthält die Vorschriften über den Provinzialhaushalt; darauf soll der Provinziallandtag den Etat entwerfen, der Provinziallandtag ihn feststellen und durch die Amtsblätter veröffentlichen; der Provinzialausschuß und der Landesdirector haben dafür zu sorgen, daß der Haushalt nach dem Etat geführt werde; der Landesdirector giebt die Zahlungsanweisungen an die Provinzial- (Landes-) Hauptkasse. Einnahmen und Ausgaben außer dem Etat dürfen nur unter Verantwortung des Provinzialausschusses stattfinden und bedürfen der Genehmigung des Provinziallandtages. Vier Monate nach dem Schluß des Rechnungsjahres muß von dem einzelnen Kassen Rechnung gelegt werden, deren Revision dem Provinziallandtage obliegt. § 112 lautet: „Der Provinziallandtag kann die Ausübung von Provinzialabgaben beschließen. Bis zum Erlasse eines besonderen Gesetzes über die Communalbesteuerung gelten hierüber folgende Bestimmungen.“

Abg. Richter (Hagen) beantragt folgende Fassung: „Der Provinziallandtag kann die Ausübung von Provinzialabgaben beschließen. Bis zum Erlasse eines besonderen Gesetzes über die Communalbesteuerung darf die Ausübung 10 Procent des gesamten Aufkommens der direkten Staatssteuern nicht übersteigen. Es gelten über die Verteilung und Aufbringung der Provinzialabgaben folgende Bestimmungen.“ In den fünf Provinzen, für die die Provinzialordnung gelten soll, werden etwas über eine Mill. an Thlr. Provinzialsteuern erhoben, 4 1/2 Procent der sämtlichen direkten Staatssteuern, nach dem § 112 kann das fünf- bis Sechsfache erhoben werden. Bis zum Erlasse eines besonderen Gesetzes über die Communalbesteuerung eine so weit gehende Vollmacht den Provinziallandtagen zu geben, muß auch dem Bundesratte erscheinen, der die von mir gegebene Beforgnis nicht theilt, daß die Provinzialvertretung eine einseitige Interessenvertretung darstellen wird. Durch meinen Antrag wird die Vollmacht der Provinzialvertretung beschränkt; dieselbe würde immer noch mehr als das Doppelte der bisherigen Provinzialsteuern ausstreuen dürfen. — Abg. v. Benda erblidt in dem Antrage Richter eine Art Misstrauensvotum für die Provinzialvertretungen. — Abg. v. Seeremann: Die Regierung will die Selbstverwaltung einengen, wann sie Landesvertretung auch noch anfängt, sie einzuzugreifen. Die Regierung ist nicht so weit gegangen, wie der Antrag Richter beweist, so wird die Institution vollständig erledigt. Die Provinzialvertretungen werden eher ipsam, als leistungsfähig sein. — Abg. Richter (Hagen) erblidt in der nach § 127 erforderlichen Zustimmung der Regierung zur Ausübung von Provinzialsteuern über 25 Proc. des Gesamtaufkommens an directen Staatssteuern keine Garantie gegen die Ansichten der Regierung und schwankend. Die Sache ist so wichtig, daß sie an die Zustimmung des Gesetzgebers zu knüpfen ist. — Abg. Richter: Wenn man die für die Provinzen in Aussicht stehenden Dotationen berücksichtigt, wenn man bedenkt, daß die Provinz Hannover bisher mit ihrer Dotation ohne Provinzialsteuern ausgekommen ist, daß auch die Kreisräthe darüber wachen werden, daß die Belastung nicht zu groß wird, so ist kein Grund, auf Schritte und Tritt zu erklären, man fürchte, daß die Provinzialvertretung so leichtsinnig wirtschaften werde, daß ihr ein Regel vorgeschoben werden müsse.

Ref. Miquel: Ein generelles Gesetz über die Communalbesteuerung soll schon dem nächsten Landtag vorgelegt werden. Vor Erlaß desselben werden die Provinzen kaum Steuern auszusprechen brauchen; die Besorgnis des Abg. Richter ist also unbegründet. Sollte aber die in dem Antrage Richter gestellte Grenzrecht werden, so würde die Folge der Annahme des Antrags sein, daß die Provinzen zum Schuldenmachen veranlaßt würden. — § 112 wird nach den Vorschlägen der Commission unverändert angenommen.

Die §§ 113-117a handeln von den Grundsätzen über die Verteilung und Aufbringung der Provinzialabgaben. Nach den Beschlüssen der Commission tritt bezüglich der Verteilung der Provinzialabgaben folgendes Verfahren ein: Sobald die durch Auflagen und andere Summe festgesetzt wird, wird zur Verteilung des aufzubringenden Gesamtsummes auf die einzelnen Kreise geschritten. Zu diesem Behufe werden die in den einzelnen Kreisen aufkommenden Staatssteuern unter

Abrechnung der der Kreis-Communal-Besteuerung entzogenen, sowie unter Einzurechnung der der kommunalen Besteuerung unterworfenen, obwohl von der Staatsbesteuerung befreiten Vermögensobjecte ermittelt und festgestellt. So ergibt sich die verhältnismäßige Leistungsfähigkeit der einzelnen Kreise zu kommunalen Zweck. Nummer wird das gesamte Abgaben-„Soll“ der Provinz nach diesem Verhältnis auf die einzelnen Kreise verteilt, um dort nach dem gesetzlich bestehenden Maßstabe der Erhebung von Kreissteuern auf die einzelnen Steuerpflichtigen des Kreises repartirt zu werden. Die Kreise haben dann für so erhobenes Contingent an die Provinzialkasse abzuführen. — Abg. Richter steht in diesen Verteilungsgrundsätzen eine Ungerechtigkeit; er wünscht wenigstens, daß besondere Bestimmungen aufgenommen werden könnten, wonach die Grund- und Gebäudesteuer hierbei mindestens mit der Hälfte und höchstens mit dem vollen Betrage desjenigen Procentsatzes in Berechnung zu ziehen ist, mit welchem die Klassen- und classifizierte Einkommensteuer berechnet wird. — Abg. v. Benda empfiehlt jedoch die Annahme der Commissionvorschlüsse, welche zur Folge haben, daß der vom Provinziallandtag zu beschließende Maßstab der Heranziehung der einzelnen Staatssteuern nur auf die Generalverteilung unter den einzelnen Kreisen möglicherweise einwirken kann, auf die Belastung der einzelnen Kreisangehörigen aber keinen Einfluß übt. — Geh. Finanzrath Rhode hält es für richtiger, die Beschlüsse erster Lesung, nach welchen bei der Generalverteilung der Provinzialabgaben auf die Kreise die Grund- und Gebäudesteuer mindestens mit der Hälfte und höchstens mit dem vollen Betrage desjenigen Procentsatzes in Berechnung gezogen werden kann, mit welchen die Klassen- und die classifizierte Einkommensteuer berechnet wird, die Gewerbesteuer aber vorbehaltlich einer Specialbestimmung für die Gewerbesteuer der Klasse A 1 ganz außer Berechnung gelassen werden kann, beizubehalten. — Abg. Graf Wisingerode erklärt sich gegen die Vorschläge der Commission, während Abg. Richter (Hagen) nur eine Modifikation derselben für wünschenswert hält, aber die Vorschläge als einen Compromiß der verschiedenen Meinungen anzunehmen bereit ist. — Das Haus tritt auch bezüglich der Commissionvorschlüsse bei. — Der § 118: „Mehr- oder Minderbelastung einzelner Theile der Provinz.“ § 119: „Befreiung von den Provinzialabgaben.“ und die §§ 120-122: „Reclamationen gegen die Veranlagung in den Provinzialabgaben.“ werden ohne erhebliche Debatte genehmigt und ist damit der zweite Theil des Gesetzes erledigt.

Der dritte Theil handelt von der Aufsicht über die Verwaltung der Angelegenheiten der Provinzialverbände. Die Aufsicht wird danach vom Oberpräsidenten, in höherer Instanz vom Minister gehandhabt; zu diesem Zwecke ist der Oberpräsident befugt, den Verhandlungen des Provinzialausschusses, des Bezirksausschusses und der Provinzialcommissionen beizuwohnen. Beschlüsse derselben, welche ihre Befugnisse überschreiten oder Gesetze verletzen, von Amtswegen anzufechten. Beschlüsse des Provinziallandtages über 1) den Erlaß von Statuten, 2) Mehr- oder Minderbelastung einzelner Theile der Provinz, 3) Aufnahme von Anleihen, durch welche der Provinzialverband mit einem Schuldenbestande belastet oder der bereits vorhandene Schuldenbestand vergrößert werden würde, sowie Uebernahme von Bürgschaften auf den Provinzialverband, 4) eine Belastung des Provinzialverbandes durch Beiträge über 25 Pct. des Gesamtaufkommens an directen Staatssteuern, 5) eine neue Belastung des Provinzialverbandes ohne gesetzliche Verpflichtung, insofern die aufzulegenden Leistungen über die nächsten 5 Jahre hinaus fortbauern sollen, bedürften in den Fällen zu 1 und 3 der hiesigen Genehmigung, in den Fällen zu 2 und 3 der Bestätigung des Ministers des Innern, in den Fällen zu 4 und 5 der Bestätigung der Minister des Innern und der Finanzen. Der Genehmigung der zuständigen Minister bedürfen ferner die vom Provinziallandtage für folgende Provinzialinstitute und Verwaltungsorgane zu beschließenden Reglements: 1) Landarmen- und Corrigenden-Anstalten, 2) Irren-, Taubstumm-, Blinden- und Waisen-Anstalten, 3) Hebammen-Lehranstalten, 4) Provinzial-Hilfs- und Darlehnskassen, 5) Verfallenen-Anstalten. Alle Paragraphen dieses dritten Titels werden nach den Beschlüssen der Commission angenommen.

Der vierte Titel enthält die Schluß-, Uebergangs- und Ausführungsbestimmungen. Nach § 120 soll die Provinzialordnung mit dem 1. Januar 1876 in Kraft treten, nach § 121 die Wahl der Mitglieder des Provinziallandtages noch in diesem Jahre erfolgen. — Abg. Richter (Hagen) will einen Zusatz machen, wodurch verhindert wird, daß die Provinziallandtage, wie dies in der Rheinprovinz geschieht, in der Einföhrung der Provinzialordnung einen Landesdirector wählen. In der Rheinprovinz ist die Wahl des Grafen Billers nur dadurch zu Stande gekommen, daß die Mitherrschaft mit einer Minorität der Landgemeinden die Städte und die Majorität der Landgemeinden überstimmt hat. — Abg. v. Schorlemer-Ast begründet nicht, wie man dem Provinziallandtage aus der Ausführung einer ihm gesetzlich zustehenden Befugnis einen Vorwurf machen kann; zur Verhütung des Vorwurfs bemerkt er noch, daß die Wahl doch jedenfalls nicht bestatigt werden würde; es sei übrigens in Zeiten der Zeit, daß ein zum Landesdirector gewählter Regierungspräsident die Bestätigung der Regierung nicht erhalte. — Die §§ 120-122 werden unverändert angenommen. Desgleichen der § 123a und die §§ 124-126.

Schließlich wird noch folgende Resolution angenommen: „Die Staatsregierung aufzufordern, dem nächsten Landtage den Entwurf eines Gesetzes über die Communalbesteuerung vorzulegen.“ Damit ist die zweite Beratung der Provinzialordnung beendet. — Nächste Sitzung Donnerstag.

Herrenhaus.

15. Sitzung vom 14. April.
Erste Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bischöfe und Geistlichen.

Graf Udo zu Stolberg: Ich halte diese Vorlage für ein notwendiges Uebel, das die Maßregeln

im Gefolge haben mußten. Da sie einmal bestehen, sah es nur zwei Wege: sie abzuschaffen oder auszuführen. Ich halte die Abschaffung für eine Unmöglichkeit, und ich halte mich deshalb für verpflichtet, zu ihrer Ausführung mitzuwirken. Dieser Entschluß ist mir wesentlich durch die Haltung der ultramontanen Opposition erleichtert worden, und wenn ich noch irgend welche Zweifel hatte, so sind diese durch die neueste Encyclica verstreut worden. (Zustimmung links) Unsere ultramontane Opposition verleiht sich gern mit den Christen der ersten Jahrhunderte; zwischen beiden ist jedoch ein sehr großer Unterschied: die ersten Christen erkannten das Staatsgesetz an bis zu dem Punkte, wo es gegen Gottes Wort verstieß, unsere Ultramontanen machen aber gar nicht den Versuch die Maßregeln zu befolgen, so weit es ihnen ihr Gewissen gestattet, sondern sie erklären, sie könnten dieselben nicht anerkennen, weil sie nicht mit dem Papste vereinbart seien. Damit ist der Streit aus dem Gebiete des Gewissens in das der Macht verlegt worden, und ich habe keinen Zweifel, daß ich mich unter solchen Verhältnissen auf die Seite des Staates zu stellen habe. Die Vorlage steht allerdings in Widerspruch mit dem Staatsvertrag von 1821 — ich gebrauche diesen Ausdruck absichtlich, weil die Bulle de salute animarum materiell ein Vertrag ist — aber dieser Vertrag ist hinfällig geworden, seit einer der Contractanten ein anderer, seit der Papst unsicher ist und die Bischöfe zu bloßen Präfecten herabgedrückt sind. Ich mache mir über die Wirksamkeit des Gesetzes keine Illusionen, aber ich kann dem Staate nicht zumuthen, eine Partei mit Geldmitteln zu versehen, welche den Staat neigt. Alle Parteien sind an der Wiederherstellung des Friedens gleich interessiert, am meisten aber die conservative, weil die Regierung durch den clericalen Widerstand in Bahnen gebrängt worden ist, welche wir für gefährlich und verderblich halten, Bahnen, auf denen wir die obligatorische Civilehe erhalten haben, auf denen wir keinen Kurzen auch die confessorische Schule bekommen werden. Ich billige daher jedes Mittel, das geeignet ist, den clericalen Widerstand zu brechen und werde deshalb für das Gesetz stimmen.

Graf zur Lippe: Bei Beratung der Maßregeln hat man ausgesprochen: der Staat braucht der Curie nur die Hände zu weisen, so wird sie nachgeben. Ich habe bereits damals das Gegentheil prophezeit. Was haben wir mit allen bisherigen Mitteln des Culturkampfes erreicht? Der Cultusminister selbst hat erklären müssen, der Widerstand der katholischen Geistlichen sei nicht im Geringsten geschwächt oder gebrochen; nur die Tactik habe sich geändert. So wird die Zwietracht im Lande gestiftet, der Haß der Unterthanen gegen einander immer mehr geschürt und angefaßt und das Part des Landes allmählich durch die Fortsetzung eines solchen innerlichen Kampfes aufgelaugt. Die Bulle de salute animarum als ein Staatsvertrag von dem Obertribunal ausdrücklich anerkannt. Einen solchen Staatsvertrag einseitig im Wege der Gesetzgebung aufzuheben, ist völlerrechtlich ganz unzulässig. Der Obertribunal meinte, die Person des einen Contractanten habe sich geändert, da der Papst unsicher geworden. Ich frage, hätte dann die Curie nicht im Jahre 1848 das Recht gehabt, ihrerseits einseitig den Vertrag aufzuheben, da der König durch die Befassung aus einem unbeschränkten ein beschränkter geworden? Dies Argument ist also ganz hinfällig. Wir sollen uns in diesem Gesetze als einen Gerichtshof constituiren und ein Verdict fällen darüber, daß sich bestimmte Personen im Lande irgend welchen Verbrechen schuldig gemacht haben. Damit wird die natürliche Stellung der gesetzgebenden Factoren vollständig umgestoßen. Die Ultramontanen sollen sich durch die Nichtbefolgung der Maßregeln gegen die Majestät der Gesetze verzeihen haben. Majestät der Gesetze! Der Ausdruck klingt sehr schön, ich aber erkläre diesen Ausdruck für eine hohle Phrase; es ist das rein republikanische Flokeln. (Graf Brühl: Sehr wahr! Unruhe.) Der Majestät des Königs bunge ich mich, der will ich gehorchen; aber die Majestät des Gesetzes im Gegenstand zur Majestät des Königs, die erkenne ich nicht an, die kenne ich im preussischen Staate gar nicht. (Unruhe.) Die französische Nationalversammlung wollte durch Entziehung der Geldmittel gleichfalls die katholische Geistlichkeit zwingen, gegen ihr Gewissen den revolutionären Gesetzen Gehorsam zu leisten; sie stellte die Geistlichkeit zwischen den Hunger und die Meinel, wir stellen sie mit diesem Gesetz zwischen den Hunger und den Angehörigen gegen ihre Oberen. Einen Culturkampf mit solchen Mitteln kann ich nur einen demoralisirenden nennen, aber ich nenne ihn keinen Culturkampf. Ich sehe in der Fortsetzung und Wahrung dieses Kampfes eine Stärkung der Demokratie und ein Hinderniß zur Republik. Ueber jene Maßregel der französischen Nationalversammlung gegen die Geistlichen vertheilt Mirabeau in einem Briefe: „Wir haben außen keinen Feind und schaffen uns neue im Innern; wir haben einen König ohne Macht und einen gesetzgebenden Körper, der verwaltet, richtet, lobt und straft; wie ein Ende soll dies nehmen?“ Diese Worte sind wie für uns geschrieben. Das allerbilligste Gesetz ist die Stimme des Gewissens. Das Gewissen bunge ich nicht vor willigen Gesetzen; und ich spreche es unverhohlen aus: mein Gewissen verbietet mir, für dieses Gesetz zu stimmen.

Prof. Beseler: Die Bulle de salute animarum ist durch Cabinetsordre vom 23. August 1821 als Staatsgesetz publicirt worden und deshalb auch der Abänderung durch die Gesetze des Staates unterworfen. Der Grundsatz von der Nothwendigkeit der Beobachtung der Verträge gilt für Staatsverträge nicht ohne Weiteres, vielmehr können die letzteren einseitig gebrochen werden, wenn ihre wesentlichen Voraussetzungen nicht mehr zutreffen, und im Falle des Krieges, mag derselbe formell erklärt sein oder nicht. Beide Fälle liegen hier vor. Voraussetzung der Bulle, de salute animarum war, daß der Papst die Souveränität des Königs und den in Preußen bestehenden Rechtszustand im vollsten Umfange anerkannte. Diese Voraussetzung ist durch die Encyclica vom 5. Februar gebrochen. Uebrigens befindet sich der preussische Staat auch im thatsächlichen Kriege mit der Curie, denn der Krieg kann nicht nur mit Hinterlabern, sondern auch mit anderen Mitteln geführt werden. Ein solches Mittel ist jene Encyclica, welche verfassungsmäßig zu Stande gekommene Gesetze des Staates für ungültig erklärt und zum Angehorsam

gegen die Gelesen auf. Es ist durchaus nicht an der Zeit, die preussische Staatsgewalt und die preussische Krone als different zu bezeichnen; ist doch der König der Hauptträger der gesetzgebenden Gewalt. Ich halte es nicht für patriotisch, wenn man versucht, Wiernach unter die Factoren der Gesetzgebung zu stellen. Freilich ergreift die Vorlage harte Maßregeln, unter welchen auch mancher Unschuldige leiden wird, doch sind solche Maßregeln im Kriegszustande nicht zu vermeiden. Der Staatsregierung ist es nie eingefallen, ein Mißtrauen gegen das katholische Volk zu hegen und wenn die Preßcapläne das behaupten haben, so ist das eine bewusste Lüge. Ich wünsche lebhaft den baldigen Frieden, sehe aber voraus, daß in diesem Kampfe die Staatsidee siegen wird. Das ruhige Nebeneinanderleben der verschiedenen Confessionen ist nicht die geringste Errungenschaft des modernen Staates und diese wollen wir uns von den Pfaffen nicht wieder entreißen lassen. Ich hoffe, daß wir Alle zusammenstehen werden in dem Kampfe für die germanische Freiheit, die deutsche Wissenschaft und das Deutsche Reich. (Beifall.)

v. Kleist-Regow: Als wir in die Bahnen der Majestätsgeheimnisse hineingetrieben wurden, da berrigete uns die Staatsregierung damit, daß diese Gesetzgebung nur gegen einige geistliche Hülfspä, Polen, Ultramontane z. gerichtet sei, während die katholische Kirche dadurch nicht alterirt werden sollte. Die Bulle de salute animarum aber berührt die Organisation der katholischen Kirche und die Mittel, welche der Staat nach dieser Bulle gewährt, betreffen die ganze katholische Kirche. Hebt man diese Mittel auf, so jagt man nach meiner Meinung der ganzen katholischen Kirche einen Schaden zu, man vollzieht einen Akt der Feindschaft und des Krieges gegen die Kirche. Ich finde nur, daß die evangelische Kirche vielfach in eine ähnlliche Lage sich befindet, wie die katholische. Der Brodthor freilich, welcher bei der katholischen Kirche in eine unerreichbare Höhe gegogen werden soll, ist zwar bei der evangelischen noch nicht in demselben Verhältnis, aber, indem die Staatsregierung anerkennt, daß jene Summe in diesjährigen Etat, welche einen Zuschuß für die Geistlichen auswirft, nur eine widerrechtliche sein soll, ist der Cultusminister in der Lage, auch hier nach Belieben zu strafen oder zu belohnen. Auf diese Weise soll auch die evangelische Kirche gefügig gemacht werden, ihr tätiges Brod aus der büdlichen Hand des Cultusministers zu empfangen. Und wenn man sieht, wie die evangelische Kirche nach der Uilche, welche ihr eigentlich eine größere Selbstständigkeit verschafft sollte, es sich gefallen lassen muß, daß ihr eine Kuruzie in Ehefachen aufgedrängt wird, die das Volk für ungenügend hält, so kann man nicht leugnen, daß die evangelische Kirche von der katholischen in Bezug auf Selbstständigkeit und Disciplin noch viel zu lernen hat. Der Kampf der katholischen Kirche um ihre Selbstständigkeit kommt der evangelischen mit zu und ich habe die feste Ueberzeugung, daß Gott der Herr die Abficht hat, durch das Feuer, welches er über sie ausstößt, auch die evangelische Kirche zu reinigen. Wenn man unter Hinweis auf die letzte Caeolica behauptet, der Papst habe Schuld, so erkenne ich an, daß hier eine Ueberhebung des Papstes vorliegt, die nicht sehr für die Unfehlbarkeit spricht. Sollen wir nun aber folgern, daß wir unserselbst ebenso verfahren, mit Hintanhaltung aller Besonnenheit und Gerechtigkeit? Ich halte das Bedenken, den Staat in zwei feindliche Parteien zu zerreißen, ihn nach jeder Richtung hin zu verwüsten und zu zerstückeln, für ein zweischneidiges Schwert, durch welches auch der Staat getrieben wird. Durch diese Gesetzgebung haben Sie das ganze katholische Volk mit in diesen Kampf und diese Entziehung materieller Mittel wird schließlich der katholischen Kirche nicht zum Schaden gereichen. Was die rechtliche Seite der Frage betrifft, so halte auch ich die Bulle de salute animarum nicht für ein Concordat, ja gehe sogar noch weiter, als Dr. Professor Befeler und steife mich auch nicht auf ihren Charakter als Staatsvertrag, behaupte aber, daß diese Bulle ein Statut der katholischen Kirche ist, dessen Aufhebung nicht ein Akt der Gesetzgebung, sondern die Ausübung eines Hoheitsrechtes des Staates ist, mit dem wir nichts zu thun haben. Eine Voraussetzung des unbedingten Gehorsams ist es, daß der Staat die Gesetze der Katholiken nicht bedrückt. Wenn in den Maigesetzen schon viel vorhanden ist, das weit über das Ziel hinausgeschießt, was der Staat zu fordern berechtigt ist, so dürfen wir der Regierung nicht noch stärkere Mittel in die Hand geben. Der Ruf „Mit Gott für König und Vaterland!“ ist in diesem Kampfe nur dann ein Pöze, wenn man die Katholiken zugleich für Feinde Gottes, für Feinde des Königs und des Vaterlandes ausgeben will, und das vermag ich meinerseits nicht, so gleich auch ich treu an dem Spruche halte: „Mit Gott für König und Vaterland!“ (Während dieser Rede ist Fürst Bismarck ins Haus getreten.)

Cultusminister Falk: Der Borredner meinte, es werde der evangelischen Kirche in Folge dieser Gesetzgebung in gleicher Weise schadet ergehen, und er wies dabei hin auf die Widersprüche der ihr in diesjährigen Etat gewährten Staatszuschüsse. Widerspruch heißt doch aber weiter gar nichts, als daß es sich hierbei um keine Rechtspflicht des Staates handelt, und daß der Staat nicht in der Lage ist, derartige Summen zu bewilligen, wenn sie in Staatshaushalt verweigert werden; keineswegs aber ist die Widerspruchlichkeit in das Belieben des Cultusministers gesetzt. Der Borredner wehrt sich gegen dies Gesetz mit der Uilche, der Kampf, den die katholische Kirche führe, sei ein solcher, der im Interesse der Kirche überhaupt und insbesondere der evangelischen Kirche geführt werde. Ich habe ihn schon früher einmal erwidert, daß er nur zu geneigt ist, die evangelische Kirche mit der speziellen Richtung zu verwechseln, der er angehört. Nach der heute gehaltenen Rede wird das Haus diese meine damaligen Worte gewiß als wahr anerkennen müssen. Gott sei Dank steht die evangelische Kirche heute nicht auf solchem Boden und kämpft nicht in solcher Weise, wie dies die katholische Kirche thut und durch die Stimme ihres höchsten Oberhauptes in der jüngsten Encylica offen dargelegt hat. Die evangelische Kirche erkennt die Gesetze des Staates an, und wo sie es nicht thut, sind es wohl gewisse Einzelner, aber nicht Bestrebungen der evangelischen Kirche. Von einer Verfassungswidrigkeit dieser Vorlage kann um so weniger die Rede sein, als der Borredner selbst anerkennt, daß der Art. 5 in Bezug auf den dort zu wahrleiteten Genuß gewisse Modificationen, er hätte hinzuzufügen sollen, und gewisse Voransetzungen feststellt. Die erste dieser Voransetzungen muß doch offenbar die sein, daß man dem Gesetze gehorcht. Der jüngst eingebrachte Entwurf wegen Aufhebung der Art. 15, 16 und 18 der Verfassung, hat mit der heutigen Vorlage gar nichts zu thun; am wenigsten ist die Staatsregierung der Meinung gewesen, sich durch dies nachträglich eingebrachte Gesetz erst den gesetzlichen Boden für die gegenwärtige Vorlage schaffen zu sollen. Was die Bulle de salute animarum betrifft, so ist die Staatsregierung der Ansicht, daß beide Theile, sowohl die Curie wie der König sich bei Aufnahme derselben in Preußen vollständig bemühen gewesen sind, es handle sich hier um zwei einseitige Acte, aber nicht um einen Vertrag. Jedoch ist diese ganze Frage eine rein akademische, und von gar keiner praktischen Bedeutung. Denn auch wenn die Staatsregierung diesen Act als einen Staatsvertrag aufsahe, würde sich keineswegs ein Akt annehmen, ihn nach dem, was vorangegangen, nach den tatsächlichen Anzeigungen des einen Contractanten zum Aufbruch und

um Aufbruch gegen die Forderung des anderen, und vor Allem nach der jüngsten Encylica für aufgehoben und zerfallen zu erklären. War also die Annahme der Bulle de salute animarum ein Staatsvertrag, so ist er von der gegnerischen Seite zerfallen worden und die preussische Regierung hat völlig freie Hand, mit Maßregeln auf dem Wege der Gesetzgebung vorzugehen. Von der hier hervorzuhebenden Erfolglosigkeit dieser Vorlage bin ich persönlich doch keineswegs so ganz durchdrungen, wie vom Borredner angenommen wird; in der That aber ist es wahr, daß die Bulle des Staates bedroht ist und daß es nothwendig ist, daß der Staat einer Uilche, welche diese Bulle entgegen zu erlangen, nicht nach die Mittel gewährt, die sich im Augenblicke zu verschaffen. Die Aufrechterhaltung der Bulle ist in der Sache selbst auch ein Erfolg. Das Ansehen des Staates würde in den Augen der Gegner selbst auf tiefe sinken, wenn der Staat diese Mittel weiter gewährt. Die Bemerkung des Grafen zur Lippe, daß die Staatsregierung die Majestät des Königs der Uilche der Gesetze unterwerbe und beide in Gegensatz stelle, muß ich auf das Uilche denken lassen. Der Graf zur Lippe ist ein viel zu kluger Mann, als daß er nicht wüßte, was er spricht, ich aber darf nach der parlamentarischen Sitte nicht rund die Folgerungen ziehen, zu denen seine Worte drängen, nur das kann ich sagen, daß seine Aeußerungen entgegengesetzt darauf berechnet waren, die eben im Augenblicke des Königs bei Sr. Majestät und anderswärts zu verwickeln und zu demüthigen und das mit Bemerkungen, auf die allein das Wort paßt, welches er bei dieser Gelegenheit gebrauchte, mit Folgendem.

Landrathspräsident v. Göller: Die Grundzüge des Landraths gehen weit über die Majestätsgeheimnisse, und es ist keinem Bischof bis zur Emanation der Verfassung eingefallen, dieselben nicht anerkennen zu wollen. Sie enthalten alle die im jus majestaticum circa sacra liegenden Befugnisse, unbeschadet welcher die Bulle de salute animarum ihre tatsächliche Sanction erhält. In den Majestätsgeheimnissen lag daher nur eine gerichtliche Revidierung dieser Uilche. Ich verstehe aber ein Eingriff in ein Dogma. Es handelte sich dabei lediglich darum, der katholischen Kirche eine politische Stellung anzuweisen, wie sie Jahrhunderte lang in Deutschland eingenommen hat, und noch heute in vielen deutschen Staaten ebeirgend welche Beschwerden über Bedrückung einnimmt. Weisheit ist folche in Preußen unentzählich; Sie werden uns Evangelischen das schwer verständlich machen. (Zustimmung.) Wenn Sie sich auf die göttliche Natur der Verfassung der katholischen Kirche berufen, so antworte ich Ihnen: Ich der, der Geschichte kenne, weiß, daß die katholische Kirchenverfassung nicht von Gott kommt, daß in den ersten drei Jahrhunderten von dem Primat des Papstes keine Rede war. (Gras Brühl: Prima!) Die heutige Verfassung mag von den Päpsten oder von Concilien gemacht sein, von Gott ist sie nicht, und Sie können uns nicht zumuthen, sie zu berüchichtigen, wenn dies mit der Souveränität des Staates unverträglich ist.

Gras Brühl bemerkt factisch richtig, die Lehre vom Primat des Papstes beruhe auf dem Aussprüche des Heilands: Wahrlich, Du bist Petrus und auf diesen Felsen will ich aufbauen meine Gemeinde, und die Pforten der Hölle sollen sie nicht überwinden.

Gras v. Nieußbach protestirt gegen die gemeinsame kirchenpolitische Gesetzgebung, da dieselbe die Katholiken in Conflict mit ihrem Gewissen bringe. Die Majestätsgeheimnisse hätten geschaffen, welche bisher in der Geschichte unerhörte gewesen sind. Jedemfalls würde das neue Gesetz seinen Zweck nicht erreichen, vielmehr den Geistlichen ein neuer Sporn sein, treu zu ihrer Kirche zu stehen.

Frhr. v. Maltzahn: Ich habe gegen das Aufsichtsgesetz und gegen die Majestätsgeheimnisse, weil ich annahm, dieselben schädigen das einjährige Volk gegen Rom, die evangelische Kirche. In unserer materiellen Zeit wird ja jedes kirchenpolitische Gesetz als ein von der Regierung gegebenes Signal zur Loslösung von der Kirche betrachtet. Und die Regierung hat für die evangelische Kirche bisher wenig gethan, die geringe Macht derselben in ihrem Bestande vielmehr noch geschwächt, indem sie den kirchlichen Liberalismus nährte. Insbesondere ist man mit den neuen Synoden schlecht umgegangen, obwohl ich gehofft hatte, auf denselben werde endlich einmal wieder das Schwert der Reformation gezogen werden. Was nun diese Vorlage betrifft, so ist sie nach der Encylica vom 9. Februar geradezu nothwendig geworden. Sie übertrifft an Ueberhebung noch das Unfehlbarkeitsdogma; der Papst verlangt damit eine Nivellementsconcession für eine direkte Eisenbahn von Berlin nach Canossa. Man hat den Conservativen insinuiert, sie seien Könlinge; ich aber behaupte, je conservativer Jemand ist, desto entscheidender tritt er jetzt auf die Seite der Regierung. Nur muß die Regierung sich auch dazu verstehen, der evangelischen Kirche ihre Unterstützung zu leihen. Sonst mag sie sich ihr Lob von den Juden und Griechen holen, denen das Kreuz ein Vergnügen und eine Thorheit ist, oder von Rom bei den Jesuiten.

Fürst Bismarck: Ich kann es mir nicht versagen, den Ausdruck herzlicher Freude darüber laut werden zu lassen, daß ich ein einmütiger von der conservativen Seite dieses Hauses ein freies, freubiges Bekenntnis zu unserem Evangelium der Reformation gehört habe. Wäre dies Bekenntnis vor Jahren mit derselben Bestimmtheit hier ausgesprochen, hätte dies Bekenntnis die Beschlüsse dieses Hauses, seiner evangelischen, conservativen Stützen geleitet, es wäre der erste schmerzliche Beginn des Bruches zwischen mir und der conservativen Partei bei der Berathung des Schulaufsichtsgesetzes vielleicht nicht eingetreten, es wäre vielleicht auch der Kampf mit der katholischen Kirche nicht so heftig geworden, wie er thatsächlich geworden ist. Das Bekenntnis zum Evangelium hat uns gefehlt; ich danke dem Borredner, daß er denselben eines so herben Ausdruck gegeben hat; es ist das eine Brücke für mich, um alte Beziehungen zu conservativen Partei, die nicht ohne schwere Verletzung für mich haben zerfallen werden können, wieder anzuknüpfen. Ich kann denjenigen nicht als Bundesgenossen betrachten, der sein evangelisches Bekenntnis der Politik unterordnet. Für Herrn v. Kleist ist die katholische Kirche die Kirche. Ich nehme an, er ist nur unbekannt aus einer gewissen jähmigen Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Verhältnissen dazu gekommen, sich anzunehmen an alles das, was unserem Staate, der doch nun einmal evangelisch ist, fehlend geblieben ist; ihm geht dabei die evangelische Feindschaft völlig verloren. Was ist den die Kirche? die katholische Kirche ist der Papst; und wenn Sie von den Rechten der katholischen Kirche sprechen, so drücken Sie sich ebenfalls richtiger und zutreffender aus, wenn Sie sagen: die Rechte des Papstes. Vor dem Unfehlbarkeitsconcil da konnte man sich noch der Anziehung hingeben, daß man die Rechte, die man der katholischen Kirche bewillige, der katholischen Gemeinde zuertheile, das ist aber jetzt ein Irrthum. Wir alle sind in der katholischen Dogmatik wenigstens soweit bewandert, um zu wissen, daß alle die Befugnisse, die der katholischen Gemeinde zuertheilt werden, gar nicht existieren. Wir konnten uns früher noch damit schmeicheln, daß wenigstens preussische Unterthanen, die preussischen Bischöfe für uns die Rechte der Gemeinden und die katholische Kirche vertreten, der wir Rechte eingeräumt hatten; seit dem Vaticanum aber hat sich der Papst selbst an die Stelle der katholischen Kirche gesetzt; die Bischöfe sind nur noch die Präfecten des Papstes. Wir haben gesehen, daß die Bischöfe ihre eigene feste Ueberzeugung auf Befehl des Papstes bereitwillig aufgaben;

ja, meine Herren, die Bischöfe haben nicht einmal mehr das Recht, etwas anderes zu denken als der Papst. Ein Soldat im Gliede, der hat doch wenigstens immer das Recht, wenn ihm halbbrechts! befohlen wird, zu denken, das ist doch ein recht thörichter Befehl; aber ein Bischof darf das jetzt nicht einmal mehr denken. Dr. v. Kleist, der immer von der Kirche allein spricht, wenn von der katholischen Kirche die Rede ist, der mag sich doch bloß mal die Frage ernstlich vorlegen, ob er für sein Seelenheil nicht besser sorgt, wenn er Katholik wird. Und wenn er, als ehemaliger königlich preussischer Oberpräsident, diese Institutionen fortwährend als „die Kirche“ in diesem schweren Augenblicke des Kampfes hier vertheidigt, so sagt er sich, in so fern er dies thut, von seiner Seite zu bewähren Treue gegen König und Vaterland los, er sagt sich von unserem Evangelium los. Folgen wir dem Papste, so geht für mich die Seligkeit verloren. Der unfehlbare Papst kann auch nicht, wie es Herr Graf Brühl hervorhob, als Nachfolger des Apostels Petrus anerkannt werden. Der Apostel Petrus war nicht unfehlbar; er sündigte und bereute nachher, von dem Letzteren ist aber bei dem Papste nichts zu bemerken.

Zur thatsächlichen Berichtigung bemerkt Gras Brühl: Der Papst hat allerdings auch seine Sünden bereut, aber schon ehe er Papst wurde. (Große Heiterkeit.) Gras Brühl: Von allen Freunden des Gesetzes hat Frhr. v. Maltzahn am meisten meine Sympathien; derselbe hat offen seine Feindseligkeit gegen die katholische Kirche bekundet, das mag mit seinem evangelischen Glaubensbekenntnis zusammenhängen. Dasselbe führt zu der Consequenz, daß die Katholiken in Preußen nicht geduldet werden dürfen, sie müssen hinausgeworfen oder todtgeschossen werden. (Heiterkeit.) Der Ministerpräsident hat sich heute mit einer staunenswerthen Offenheit als Feind der katholischen Kirche bekundet und dabei eine höchst bedauerliche Unkenntnis der katholischen Verhältnisse bewiesen. Damit ich ihm diese nachweise, müßte ich ihn eigentlich in den katholischen Schulunterricht mitnehmen und den kleinen katholischen Katechismus auswendig lernen lassen. (Große Heiterkeit.) denn durch das Herausgreifen eines einzelnen Satzes aus der katholischen Lehre kann dieser Beweis nicht geführt werden. Auffällig finde ich es, daß man immer nur gewisse Sätze der jüngsten Encylica citirt, und dabei gesichtlich den Satz zu übersehen scheint, in dem angesprochen wird, daß dem Staate Gehorsam in allem dem zu leisten ist, was der bürgerlichen Gewalt untergeben ist. Für ungültig erklärt der Papst also nur die Gesetze, welche das geistliche Gebiet berühren, das der Papst für sich beansprucht. (Heiterkeit.) Man hat aber mit den in den Majestätsgeheimnissen angeordneten Strafen nichts erreicht und wird auch mit diesem Gesetze nur eine doppelte Verteuerung der katholischen Unterthanen erreichen, die genen das bezahlen werden, was der Staat heute einzieht. Je länger dieser Kampf dauert, desto mehr wird er zur Verherrlichung der Kirche dienen. Ich verstehe Ihnen, die Majestätsgeheimnisse aufgehoben werden und früher, als Sie glauben. Stimmen Sie, wie — wie Sie wollen (Große Heiterkeit), ich meine, Sie werden mich als Katholik nicht schmerzlich betrachten, wenn Sie das Gesetz annehmen, aber als Preuze sollte mir das sehr leid thun.

Fürst Bismarck: Es hat der Borredner behauptet, ich hätte mich als einen Feind der katholischen Kirche bezeichnet. Ich bin weit entfernt ein Feind der Katholiken oder der katholischen Kirche zu sein. Ich halte den Borredner, den Grafen Brühl, für einen viel größeren Feind der katholischen Kirche, jedenfalls für einen viel gefährlicheren. Er thut ihr viel größeren Schaden durch seine libertären Ansprüchen. Ich habe gesagt, der Fr. v. Kleist möge nicht vergessen, daß der Papst ein Feind des Evangeliums sei. Die Thatsache wird mir doch auch der Graf Brühl nicht bestritten können, daß der Papst ein Feind des Evangeliums und nothwendig auch ein Feind des preussischen Staates ist. Wenn die päpstlichen Glaubensartikel Geltung bekommen, die Graf Brühl selbst und doch sicher theilt, denn seine Seligkeit hängt davon ab, wenn der Papst vollständig zur Macht gelangt, daß er das thun kann, was er will, und sein Wille Gesetz auf Erden ist, so sind wir ja alle mit dem Syllabus und seinen Theilen bekannt genug, um zu wissen, daß constitutionelle Einrichtungen überhaupt nicht gestattet sind, daß dieses Herrenhaus nicht möglich ist und daß Graf Brühl sich unvorsichtig zeigt, sich daran zu betheiligen, daß die Preßfreiheit als etwas Verwerfliches proclamiert wird. Die Macht fehlt, aber wenn man sie hätte, würden wir feker ausgeübt werden. Die katholische Kirche hat noch ganz andere Mittel, sie confiscirt das Vermögen des Ketzers, sie findet es nicht strafbar, wenn er gelegentlich menschlichen Erbarmen wird. Wenn ich einen solchen Vertreter der Christenheit, der sich für einen Vertreter der Religion der Liebe ausgibt, als einen Feind des Evangeliums und des preussischen Staates bezeichne, so ist das trotz aller Reden des Grafen Brühl richtig. Die Wahrheit der Thatsachen, welche ich hier gebe, sind so alt, daß ich dem Herrn Grafen Brühl das wohlfeile Argument wiedergeben kann; er hat noch gar nicht gelebt, als das schon anerkannt war.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Danzig, den 15. April.

Nach sechstägiger Debatte ist die zweite Berathung der Provinzialordnung im Abgeordnetenhaus nunmehr vollendet. Im Wesentlichen ist die Vorlage nach den Beschlüssen der Commission angenommen worden, und es steht zu erwarten, daß dies Resultat auch durch die dritte Lesung im Großen und Ganzen nicht alterirt werden wird. Bei der Schlußabstimmung werden freilich die Altconservativen und eine Anzahl Mitglieder der Fortschrittspartei, die letzteren angeblich aus Rücksicht auf die Rheinprovinz und Westfalen, gegen das Gesetz stimmen; jedoch wird dasselbe, wenn nicht das Centrum aus taktischem Interesse Opposition macht, mit einer sehr erheblichen Majorität aus dem Abgeordnetenhaus hervorgehen. Ueber das Schicksal, welches dem Gesetze in dem anderen Hause bevorsteht, ist man allerdings nicht ohne Besorgnis; doch hofft man, daß die dortigen Freunde der Regierung genug politische Energie entwickeln werden, um die schwierige Aufgabe rasch zu fördern, und auch genug patriotische Selbstüberwindung, um persönliche Bedenken und egoistische Interessen dem Wohle des Ganzen zu opfern. Von allen Seiten freilich wird das Herrenhaus zur Opposition gegen die Vorlage angefeuert, und es wird der neuen Partei in der That nicht leicht werden, die Provinzialordnung durch die Sturmfluth von Angriffen hindurchzusetzen. Es sind ja nicht die Vertreter des Feudalismus allein, die mit allen möglichen Mitteln den Kampf gegen die Neuerung führen werden, auch nicht die radicalen Fortschrittler, welche mehr oder weniger verschämt vom Herrenhause das Scheitern der Vorlage erhoffen, sondern es kommt noch hinzu die große Schaar der Verehrer des Bureaokratismus. Von keiner Seite dürfte die Provinzialordnung feindlichere Angriffe erfahren haben, als grade von dieser. In dem „Grenzboten“ vom 9. April prophezeit ein Vertreter dieser Richtung, daß wenn die Reform wirklich auf einige Jahre in Wirk-

samkeit träte, „der Zusammenhalt des preussischen Staats in alle vier Winde“ gehen würde. Die Provinzialordnung wird als ein „unnützes und schädliches Experiment“ bezeichnet und offen ausgeprochen: „Diesmal ist es das Herrenhaus, auf welchem die letzte Hoffnung beruht, eine Gefahr vom preussischen Staate in letzter Stunde abgewendet zu sehen, die ihm durch eine Verbindung von Doctrinarismus und Schlandrian droht.“ Sieht man die Argumente näher an, welche der Verfasser gegen den Provinzialordnungsentwurf vorbringt, so erkennt man leicht, daß das Schwergewicht seiner Abneigung auf den Landesdirector und dessen Beamtenpersonal fällt. Die eminenten Verdienste des preussischen Beamtenhums um den preussischen Staat wird kein unbefangener Kenner der vaterländischen Geschichte in Abrede stellen; aber der Verfasser jenes Artikels hätte sich doch erinnern können, daß der Beamtenstaat und damit auch die von ihm urgirte absolute Bedeutung des preussischen Beamtenhums seit Einführung des Constitutionalismus eine überwindene Entwicklungsphase ist. Mit dieser Thatsache fällt seine ganze Argumentation, wenn sie nicht bereits aus dem Grunde an die Grenzen des Lächerlichen streifte, daß man einem Ministerium Celenburg vorwirft, es wolle liberalen Doctrinen zu Liebe das preussische Beamtentum ruiniren. Wir unserselbst hoffen auch, daß das Herrenhaus „eine Schuldigkeit thut“, aber wir denken auch, daß ihm die unnatürliche Coalition von Feudalismus, Bureaokratismus und Radicalismus deutlich genug zeigen wird, in welcher Richtung es diese Schuldigkeit zu thun hat.

Der Gesetzesentwurf über die Aufhebung der Artikel 15, 16 und 18 der Verfassung wird nicht schon heute, sondern erst morgen im Abgeordnetenhaus zur Berathung kommen. Dieser Aufschub wurde von mehreren Seiten gewünscht und mußte um so mehr zugestanden werden, als die erste und zweite Lesung mit einander verbunden werden sollen. Innerhalb der Fortschrittspartei wünscht man zu den drei aufzuhebenden Artikeln auch noch die beiden ersten Absätze des Art. 24 hinzuzufügen. Dieselben lauten: „Bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschulen sind die confessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen. Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betreffenden Religionsgesellschaften.“ Nach Streichung dieser Bestimmungen würden von dem Artikel nur noch die Sätze bestehen bleiben: „Die Leitung der äußeren Angelegenheiten der Volksschule steht der Gemeinde zu. Der Staat stellt, unter gekehlich geordneter Betheiligung der Gemeinden, aus der Zahl der Befähigten, die Lehrer der öffentlichen Volksschulen an.“ Nun wünscht man aber, daß in dieser Sache keine Meinungsverschiedenheiten innerhalb der liberalen Partei sich documentiren möchten. Heute Abend werden daher Delegirte der Fortschritts- und der nationalliberalen Partei zusammenzutreten, um völlige Einmütigkeit zu erzielen. Auch andere Punkte werden noch zur Besprechung gelangen, und so hofft man für die neue Vorlage dieselbe große Mehrheit, welche bisher die kirchenpolitische Gesetzgebung unterstützte. Durch die Vorlage soll bestänlich der Weg zu weiteren Spezialgesetzen auf dem bezüglichen Rechtsgebiet geobnet werden. Von denselben wird dem Landtage in dieser Session nur noch das bereits angefundigte Klostergeleit vorgelegt werden, fernere Schritte sollen im Herbst dem Reichstage unterbreitet werden.

Daß die neuesten Rundgebungen der Regierung nicht von dem Kriegsminister v. Kamelke mitunterzeichnet waren, erfährt in einem Telegramm der „R. Z.“ eine andere als die bisherige Auslegung. Darnach wäre derselbe nur verzeilt, deshalb seien auch die sonstigen Verfügungen aus dem Kriegsministerium in den letzten Tagen von dem Ministerialdirector General v. Voigtshetz unterzeichnet. Solche „Reifen“ sind freilich oft Einleitungen zum Rücktritt.

Auf der ganzen Linie der Officioen wird heute abgewiegelt. Selbst die „Post“, welche am meisten in die Alarmtrommel stieß, zieht sich heute zurück, macht aber ihren Rückzug damit, daß sie ein verdienstliches Werk gethan haben will. Sie schreibt: „Man mag sich drehen und wenden: das Gefühl von Sicherheit geht uns ab. Jedermann zeigt mit Fingern dorthin, wo die Unruhe residirt. Die Eine Stelle ist es und nur die Eine. Gewinnen wir damit, daß wir uns in Sicherheit wiegen? Solche Warnungsrufe haben ihren realen und praktischen Werth. Die aufrichtigen Freunde des Friedens in Frankreich sind seit einigen Tagen aufmerksam darauf geworden, wohin die Kriegspartei in ihrem Lande feuert; diese Wachsamkeit erschwert der letzteren ihr Handwerk und kann es ihr vielleicht legen. Denn auf Allianzen muß sie Bedacht nehmen. Lassen wir ihr ein Jahr freien Spielraum, die Knoten zu schürzen, so möchte das Netz fertig werden. Ein Wort zur rechten Zeit, mag es rauher klingen, beugt Rauherem vor. Schien unsere Betrachtung vom 9. fast kriegerisch, sie hat in der That ihr bescheidenes Verdienst um die Sache des Friedens. Wenn, im Dunkeln schleichend, Unheimliches näher kommt, dann legt die Schuldwache das Gewehr an und ruft ihr „Wer da?“

Das freiconservative Blatt widerpricht natürlich der Behauptung, daß der Alarmartikel aus offiziöser Quelle geflossen sei, es nimmt ihn als eigene Tagesleistung in Anspruch. Diesen Versicherungen schenken wir keinen Glauben; man lieh den Artikel ein paar Tage als officiös in der Welt umherlaufen und dementirte ihn erst, als die Wirkung doch die Erwartungen übertraf. Wir möchten gern annehmen, daß der officiöse Lärm dazu dienen sollte und vielleicht auch seinen Zweck erreicht hat, unsere Kenntniss auch von den im Dunkeln schleichenden Conspirationen nach außen zu documentiren. Im andern Falle wäre der Lärm ein frivoles Manöver, ein Spiel mit den materiellen und geistigen Gütern des Volkes. Haben doch schon die paar unruhigen Tage bedeutende Verluste gebracht.

Größer als der unzufügliche materielle Schaden ist das Mißtrauen, welches in ganz Europa gegen uns wachgerufen ist. Unserer Freunde sind draußen gar wenig, groß ist aber die Zahl unserer Feinde, und diese haben es trefflich verstanden, den Lärm zur Schädigung auszubenten. Der belgische Zwischenfall hat uns das Mißtrauen England's eingetragen; denn Belgien ist von jeher England's Schooßkind und die Note vom 3. Februar wird dort als ein Angriff auf Belgien's Unabhängigkeit gedeutet.

In Belgien ziehen die Clericalen wie die Bi-
talen gegen Deutschland los, während man dort
früher weit schlimmere Zumuthungen Seitens
Napoleons III. ruhig einlieferte. In Frankreich
gibt man sich aber jetzt den Anschein, als ob man
durchaus unschuldig sei, als ob die Künsten mit
einer früheren oder späteren Absicht gegen Deutsch-
land nichts zu thun hätten. Ein französischer
Staatsmann soll neulich gesagt haben, wenn Deutsch-
land Handel suchte, so würde Frankreich sagen, sein
Land stehe offen und man könne nur gleich mit den
Verhandlungen über den Friedensvertrag beginnen.
Dann werde man jogleich erfahren, was Deutsch-
land fordere, und Europa werde richten. Dies un-
schuldhige Raisonnement der französischen Blätter.
Der Pariser Correspondent der „Times“ be-
tont mit Nachdruck, daß man in Deutschland
so vortrefflich über französische Verhältnisse
unterrichtet sei. „Es kann, sagt er, zu
der Ehre von Deutschland gesagt werden — denn
jedes Land, welches die Handlungen seines Feindes
 sorgfälztig überwacht, ehrt sich durch diese Wachsam-
keit — daß keine andere Macht in irgend einem
Punkte besser unterrichtet ist, als die deutsche Re-
gierung. Und die deutsche Regierung empfängt
über kein Land bessere Informationen als über
Frankreich. Die Vertreter des Deutschen Reiches
fügen zu ihren anderen persönlichen Eigenschaften
einen Eifer und eine Liebe zur
Thätigkeit, welche durch nichts ermüdet werden;
dazu werden sie in allen Zweigen ihres Dienstes
durch Beamte unterstützt, deren Gehorsam Bewun-
derung verdient. Ohne die berechneten oder von
Unwissenheit zeugenden Uebertreibungen der fran-
zösischen Presse zu theilen, kann positiv versichert
werden, daß der deutschen Regierung nichts unbe-
kannt bleibt, was dieselbe in Bezug auf Frankreich
interessirt. Die Berliner wissen bis auf tausend
Mann und zehntausend Gewehre, welche Kriegs-
materialien Frankreich jetzt oder später zu Gebote
stehen, und mit welcher Stärke Frankreich heut oder
in einigen Jahren in das Feld rücken wird.“

Deutschland.

△ Berlin, 14. April. Ueber die Absicht der
Einbringung einer weiteren kirchenpolitischen Vor-
lage betr. die geistlichen Orden und Con-
gregationen sind allerlei Gerüchte verbreitet.
Daneben hätte die Vorlage in letzter Stunde noch
ernsten Widerstand gefunden, welche ihre Einbringung
in Frage stellen sollte. Wie es heißt, wären
allerdings von verschiedenen einflussreichen Seiten
aus Anstrengungen in dieser Richtung ge-
macht worden, welche die Einbringung der Vor-
lage verzögert hätten, während dieselbe im
Staatsministerium bereits festgestellt worden sei.
Von anderer Seite verlautet hingegen, daß die ge-
dachten Schwierigkeiten überwunden seien und die
Einbringung des Entwurfes noch in dieser Woche
zu erwarten wäre. — Die Annahme der Verfas-
sungs-Abänderung wird für die Gesetzgebung
zunächst keine weiteren Folgen äußern, dagegen
wird sie in Bezug auf die Bekämpfung der Geist-
lichen und namentlich auf die Besetzung der Bis-
thümer einen völlig umgestalteten Einfluß üben.
Das Herrenhaus will auf die Debatte des
Sperrgesetzes noch zwei volle Sitzungen ver-
wenden.

— Die Abreise des Kaisers nach Wiesbaden
wird, wie nunmehr definitiv feststeht, am Sonn-
abend Abend erfolgen. Dem Vernehmen nach
beabsichtigt der Kaiser noch am Vormittage des
selben Tages das Lehr-Infanterie-Bataillon zu
Potsdam zu besichtigen.

— Der bisherige Professor am Eidgenössischen
Polytechnicum und an der Universität in Zürich,
Dr. jur. Karl Victor Böhmert, ist zum Director
des Statistischen Bureau des Sächsischen Minister-
iums des Innern und zum Professor der Natio-
naloekonomie und Statistik an der Polytechnischen
Schule zu Dresden ernannt worden.

— Der Proceß gegen die weiblichen So-
cialisten wurde heute vor der siebenten Criminal-
Deputation verhandelt. Der Gerichtshof sprach
3 Frauen frei und verurtheilte die Frauen Hahn
(die „Präsidentin“) und Staegemann mit 60 Mt.
Geldbuße event. 10 Tagen Gefängniß, und die
Frauen Müller, Schadow und Grundemann mit
30 Mt. Geldbuße event. 5 Tagen Gefängniß, und
erkannte, daß der „Allgemeine deutsche Arbeiter-
Frauen- und Mädchenverein für Berlin“ zu
schließen sei.

— Aus Baden. Die Entscheidungsgründe des
Orienatnisses der Mannheimer Straßammer,
durch welche bekanntlich am 9. d. M. der ultra-
montane Kaufmann Jakob Lindau von Heidel-
berg wegen Entführung der Orgel aus der Heidel-
berger Heiligegeistkirche zu 4 und Decan Benz von
Dilsberg zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt
wurden, erkennen zwar die Eigenthumsrechte der
Marianischen Bürgerobalität an, vindiciren aber
der Gemeinde ein Gebrauchsrecht auf die Orgel,
indem sie unter Zugrundelegung der vorhandenen
Urkunden ein solches Recht als von Anfang an
vorhanden betrachten und ausführen, daß in der
Heiligegeistkirche öffentlicher Gottesdienst abgehalten
worden sei, daß die Gemeinde den Organisten be-
zahlt habe u. s. w. Dieses die Verfügung der
Marianischen Bürgerobalität über die Orgel ein-
schränkende Gebrauchsrecht der katholischen Ge-
meinde sei nun durch die Ministerialverordnung,
welche der Heidelberg altkatholischen Gemeinde
das Mißbenutzungsrecht an der Heiligegeistkirche nebst
Zugerechte einräumt, auf die altkatholische Gemeinde
übergegangen, diese somit in ihrem Gebrauchs-
bzw. Mißbenutzungsrecht geschädigt und daher zum
Strafantrage berechtigt.

München, 14. April. Nachdem heute auch
die Kammer der Reichsräthe den Gesetzentwurf über
den Ankauf der bayerischen Ditsahn angenommen
hat und somit ein Gesammterbeschluss der beiden
Kammern in dieser Angelegenheit zu Stande
gekommen ist, ist die Thätigkeit der
Kammern für diese Session beendigt.

Frankreich.

Paris, 13. April. Im heutigen Minister-
rath, der zwei Stunden währte, hat der Herzog
von Decazes seinen Collegen hinsichtlich der aufrege-
benen Nachrichten der letzten Tage beruhigende Mitthei-
lungen gemacht. Eine von Seiten der Legitimisten
beschäftigte Interpellation in der Permanenz-
Commission, welche die Beziehungen zwischen Fran-
reich und Deutschland zum Gegenstande haben soll,

würde keine weiteren Folgen haben, zumal der
Herzog von Decazes abwesend sein wird. — An
der Börse fand heute ein vollständiger Umschlag
statt und herrschte daselbst die rosigste Stimmung.
(R. Btz.)

Spanien.

Madrid, 13. April. Die vor Kurzem gegen
einige Professoren ergriffenen Maßregeln
sind, wie von den Regierungsorganen constatirt
wird, dem noch von der Regierung des Marschalls
Serrano ernannten Unterrichtsrathe vor ihrer Aus-
führung zur Prüfung vorgelegt und von demselben
gebilligt worden. Den betreffenden Personen,
welche sämmtlich als Beamte der früheren födera-
listischen Regierung fungirt haben, ist nur der Auf-
enthalt in Madrid untersagt worden, um eine po-
litische Agitation derselben zu verhindern. Sie sind
aber keinesweges genöthigt worden, Spanien über-
haupt zu verlassen. — Das neue durch die In-
haber von Coupons der auswärtigen spanischen
Schuld hier eingesetzte Comité hat beschloffen, dem
englischen Comité und den von demselben ausge-
henden Maßnahmen die Anerkennung zu verweigern.
— Nach einer Meldung aus San Sebastian

herrschte dort große Entrüstung über die in Estella
vollstreckte Erschießung einer Anzahl von Kriegs-
gefangenen. Eine kurze Mittheilung dieses Er-
eignisses ist in einer carlistischen Depesche aus St.
Jean de Luz enthalten, nach welcher „laut eines
Briefes aus Estella am 7. d. acht gefangene Alfonso-
sisten dort hingerichtet wurden als Repressalie für
den Tod von acht Carlisten, die kürzlich in San
Martin bei Tafalla ermordet worden. General
Mendi und sein Stab waren zugegen.“ Wie es
um die carlistische Behauptung von den Ermor-
dungen in San Martin steht, ist uns unbekannt;
Repressalien Mendi's wegen dieses angeblichen
Vorfalls stellte schon eine am 31. v. M. von dem
Carlistenblatte in Tolosa veröffentlichte Depesche
aus Estella unter Berufung auf das Völkerrecht in
Aussicht. Jedenfalls beweisen die Carlisten im
Allgemeinen wieder einmal auf die ihnen geläufige
Weise, daß sie einseitig ihr Treiben noch fort-
setzen wollen, und insbesondere der General Men-
di, daß er von dem Prätexten und noch nicht abzu-
fallen gedenkt; denn sonst würde er ihn diese Art von
Hinterdiensten nicht mehr leisten. — Die Rege-
rungsänderungen aus Catalonien lassen die Carlisten
in den jüngsten Kämpfen bei Dlot, Navarces,
Julleda und Meigar mehr als 1000 Mann verloren
haben und in Folge dessen die carlistische Partei
in den östlichen Provinzen sehr in niedergeschlagene
Stimmung sein. Der General Martinez
Campos, dem die Carlisten vor einiger Zeit eine
große Niederlage bei Castellfullit bereiteten —
aber nur auf dem Papier ihrer Depeschen —, hat
große Fortschritte gemacht; Seaballs verfolgend
ist er mit 8000 Mann bis vor Seo de Urgel ge-
drückt und trifft Anstalten, diesen seiner Zeit von
den Carlisten eroberten festen Platz, den Sitz des
bekanntlich zu Don Carlos übergegangenen Bischofs,
zu belagern.

England.

London, 12. April. Mit heutigem Tage ist
die Ausperrung in Süd-wales zu Ende.
Ob deshalb wieder gearbeitet wird, ist eine andere
Frage. Jedenfalls haben die Grubenbesitzer ihr
Beto zurückgezogen, und dauert die Arbeitslosigkeit
fort, so trifft die wesentliche Verantwortlichkeit die
Leute. Als die Grubenbesitzer am Freitag in Car-
diff tagten, beehrte eine Arbeiter-Deputation Zu-
tritt, um verschiedene Friedensvorschlüge zu machen,
die alle zurückgewiesen wurden. Die Besitzer er-
klärten, sie wollten nicht verhandeln und auch nicht
sich an Unparteiische wenden. Die Zeitumstände
verlangten gebieterisch eine Lohnherabsetzung um
10 Proc., sie müßten daher von vorn herein bei
dieser Forderung bleiben, wären aber gern bereit,
den Vertrauenspersonen der Arbeiter zu liefern.
Von der Bedingung dieser Herabsetzung treten sie
auch jetzt nicht zurück. Aber sie öffnen heute die
Gruben und lassen alle Arbeiter an,
die kommen. Findet indessen im Laufe der nächsten
Woche keine allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit
statt, so wollen die Besitzer die Werke wieder am
19. c. schließen, und stellen bei Wiedereröffnung eine
weitere Herabsetzung in Aussicht. Bei der vor-
gegangenen Kohlenarbeiter-Verammlung zu Swansea,
bei welcher Halliday den Vorsitz führte und Odger
ihn unterstützte, ging es sehr stürmisch her. Die
Arbeiter bekommen offenbar die Arbeitslosigkeit satt.
Die gegenwärtigen Redner wurden schließlich von
den Zuhörern mit Meistbehalten beworfen. — Die geist-
liche Conconvocation der südlichen Provinz, welche sonst
stets zugleich mit dem Parlament tagt, was dieses Jahr
indessen in Folge des Zusammenstreffens der Parla-
mentsöffnung mit dem Anbruch der Fastenzeit nicht
anging, soll morgen im erzbischöflichen Palais in
Lambeth zusammentreten. Die bevorstehende ist
eine wichtige Session. Von dem Verhalten der
Convocation wird es zum Theil abhängen, ob dem
schreienden Uebel des Ritualismus, der Vorstufe
zum Romanismus, amtlich Einhalt gethan werden
soll oder nicht. Es handelt sich um Gesetzmä-
chigkeit oder aber Verbot der „ostwärts blickenden
Stellung“ (des Geistlichen bei Celebration des
Abendmahls; ein Ausfluß aus der in der anglica-
nischen Kirche verpönten Lehre von der Transsub-
stantiation) und der bunten Gewänder beim Com-
muniondienst. Massenhaft sind die Petitionen,
welche gegen diese ritualistischen Gebräuche einge-
laufen sind. Ihre Durchsicht wird Wochen in An-
spruch nehmen. Die wichtigste ist dem Canonico
Scott Robertson zur Ueberreichung anvertraut.
Sie zählt Unterschriften von 300 Geistlichen, meist
hervorragender Stellung, darunter 7 Bischöfe.
Eine zweite Petition gleichen Inhalts, von der
Church Association colportirt, trägt gegen 100,000
Unterschriften. Von der entgegengesetzten Seite sind
nur wenige Bittschriften eingegangen. Es ergeht
sich daraus, wie verbreitet der Abscheu gegen die
romanisirenden Bestrebungen des Zerfalls der
Staatskirche ist.

London, 14. April. Das Oberhaus hat
in seiner gestrigen Sitzung die Bill über die Er-
findungspatente in dritter Lesung angenommen.
— Das Unterhaus hat den Antrag Cochran's,
die Regierung möge die ihr durch die Petersburger
Conferenz gebotene Gelegenheit ergreifen, um sich
von der Declaration über das Seerecht in dem
Pariser Friedensvertrage vom 30. März 1856 los-
zulösen, mit 261 gegen 36 Stimmen abgelehnt.
Bei der Berathung wurde namens der Regierung

durch den Unterstaatssecretär Bourke erklärt, die
Regierung wünsche jeder neuen Declaration aus-
zuweichen und die Frage der Pariser Declaration
nicht nochmals aufzufrischen, da England in
gewisser Beziehung größere Vortheile als die an-
deren Staaten aus der Pariser Declaration
erlange, die für England bindend sei. —
Die „Times“ und „Daily News“ hatten
gewisse parlamentarische, auf auswärtige Anleihen
bezügliche Documente veröffentlicht, bevor das be-
treffende Comité des Unterhauses seinen darauf
bezüglichen Bericht an das Unterhaus erstattet
hatte. Wegen der hierin liegenden Verletzung der
Privilegien des Parlaments sind die Drucker auf
nächsten Freitag vor das Unterhaus geladen. —
Bei der gestrigen Einweihung der neuen St.
Thomas-Kirche in Canterbury nahm Cardinal
Manning in seiner Rede auch auf den Kirchenkampf
in Deutschland Bezug und erklärte, eben-
den Staatsgesetzen bedingungslos sich unter-
werfen, für einen Atrünningen und Apostaten. —
Die englische und die französische Regierung haben
sich, wie das amtliche Journal meldet, über Ein-
setzung einer aus Vertretern beider Länder beste-
henden gemischten Commission geeinigt, die das
Project der Herstellung eines Tunnels unter
dem Canal und alle mit dem bezüglichen Inter-
essen beider Regierungen im Zusammenhang ste-
hende Fragen einer näheren Prüfung unterziehen
soll. Die englische Regierung hat Kennedy aus
dem auswärtigen Amte, Capitän Tyler aus dem
Handelsamte und Abbot Watson aus dem Depar-
tement für Forsten und Ländereien zu Mitgliedern
dieser Commission ernannt. (W. L.)

Telegramm der Danziger Zeitung.

Berlin, 15. April. Die nationalliberale
Fraktion hat beschlossen, der Regierungsvorlage
über Aufhebung der Verfassungsartikel 15, 16
und 18 zuzustimmen und lehnte die von der
Fortschrittspartei gewünschte gleichzeitige Ver-
schiebung der ersten beiden Artikel des Ver-
fassungsartikels 24 ab, welche die mögliche
Verächtigung der confessionellen Verhältnisse
in der Volksschule betreffen. Die Fraktion
hält es für wünschenswerth, wenn die Regierung
zustimme, daß der Gesetzentwurf nur die Auf-
hebung der betreffenden Verfassungsartikel aus-
spricht, dagegen der positive Satz des Gesetzes,
die Rechtsordnung der evangelischen, katho-
lischen Kirche u. im Staate regelt sich nach den
Staatsgesetzen, wegliebt.

Danzig, 15. April.

* In der gestrigen Sitzung der Stadtver-
ordnetenversammlung am Dienstag wurden einige
Unterstützungsgesuche bewilligt, ferner in die Wasser-
Deputation in Stelle der Herren Rabewald und
Skibbe, welche ihre Mandate niedergelegt, die Herren
S. Kraiser und Hoffmann, und zum Mitgliede
der 16. Armencommission Herr Maler Rogaczewski
gewählt.

— (E) Culm, 14. April. Unsere leibige und schon
so vielfach besprochene Elocationsgelber-Ange-
legenheit hat neuerdings die Stadtverordneten-Ver-
sammlung wieder sehr lebhaft beschäftigt. Die Kom-
mission in der Angelegenheit hat nunmehr in ganz
entschiedener Weise die Richtigkeit der auch von uns
in diesen Berichten vertretenen Ansicht im Prinzip
anerkannt und verläßt, daß die sogenannten Elocations-
berechtigten Hausbesitzer bei Veranlagung der Com-
munalsteuer fünfzig Jahre mehr belastet werden
sollen. Obgleich wir die Verfügun der Kom-
mission nur als eine Abschlagszahlung ansehen
sönnen, da wir dabei noch wie vor stehen bleiben,
daß die Elocationsgelber-Kasse in erster Reihe Kämmerer-
und Vermögen ist, das der gesamten Gemeinde und
nicht Bürger-Vermögen, das nur einer besonderen
Klasse der Einwohner zu Gute kommt, so freuen wir
uns doch über die Anerkennung des annähernd gleichen
Prinzips, welches in jener Besikung liegt. Denn
solle nunmehr für die fünfzig Jahre die Elocations-
berechtigten Hauseigener zu den Communallsteuern mehr
belastet werden, so liegt dies in der Natur der Sache
mit Recht zu Grunde, daß, weil die Elocationsberech-
tigten Hauseigener in ein und derselben Stadt ganz
besondere Vortheile für sich in Anspruch nehmen, sie
auch von denselben Vortheilen ganz besonders be-
nutzen und in Folge dessen herangezogen werden müssen.
Nur es wird mit jener Besikung anerkannt, daß die
Besten der Stadt mehr zu Gute kommen
Müssen der Elocationsgelber-Kasse und dem gemeinen
Nutzen der Stadt. Und somit
unterstützt, daß eine solche Besikung nicht
alleinigt und ausschließlich Vermögen einzelner
Bürger sind, an welches die Stadt als solche gar
kein Anrecht hätte. Die Stadtverordneten-Versam-
lung überließ, welche in ihrer gegenwärtigen Zu-
sammensetzung vorzugsweise aus Elocationsberechtigten
Hausbesitzern besteht, hat in ihrer letzten Sitzung
beschieden, gegen die Besikung der Kommission
in der Angelegenheit Beschwerde zu führen. Wir hoffen
indessen, daß letztere Besikung im Interesse von Recht
und Billigkeit und des überwiegend größeren Theiles
unserer Mitbürger ihre Verfügung aufrecht erhalten
werde. — Daß das Abgeordnetenhause die hier allge-
mein gewünschte und durch Petitionen verlangte
Theilung unserer Provinz in Ost- und West-
preußen abgelehnt, hat hier durchweg unangenehm
berührt. Wir, die wir hier in Bezug auf die großen
Verkehrsmittel, Eisenbahnen und Eisenbahnarbeiten sowie
die Stromregulirung der Weichsel bisher so stichmü-
terlich behandelt worden, hatten freilich unsere Hoff-
nung auf eine bessere Zukunft auf die Theilung der
Provinz und eine Separatverwaltung derselben gesetzt,
die mehr als bisher Gelegenheit hätte, unsere dringen-
den Bedürfnisse unmittelbar kennen zu lernen. Doch
auch wir trösten uns mit dem Gedanken, daß diese
ganz Theilung der Provinz nur eine Frage der Zeit
ist, welche aufgeschoben, aber nicht aufgehoben ist.
Die Differenzen, welche vorprünglich über die Besikung
des hiesigen vacant gewordenen Garnison-Com-
mandos bestand, hat das General-Commando des
1. Armeekorps dahin entschieden, daß nicht der Oberst-
Leutenant Vogel, sondern der Major v. Gabain,
Commandeur des 1. Bataillons 3. Nipr. Grenadier-
Regiments Nr. 4 hierher verlegt werden soll. — Die
Weichsel ist ganz bedeutend aus ihren regelmäßigen
Ufern getreten und hat unsere Fischeri so wie die
nicht eingedeichten Theile der Niederung gänzlich unter
Wasser gesetzt. Dafür aber hat sich unsere Schiffahrt
enigermassen belebt, indem gerade jetzt reichliche Ver-
ladungen der Getreide-Vorräthe unserer Speicher und
der Delshände unserer Delfabrik nach Danzig und
anderen Orten stattfinden.

Kurzgebrad, 13. April. Die Freunde über das
starke Abfallen des Wassers nach dem Eisabgange
währte leider nicht lange, denn bald fing es an wieder
zu steigen und scheint auch heute bei einer Pegelhöhe
von 17 Fuß 3 Zoll seinen Höhenpunkt noch nicht er-
reicht zu haben, da bis zum Abend ein Sinken des
Wasserstandes nicht zu bemerken war. Der Verkehr
ist ungemein erleichtert. Käbne und Spisprähme mül-
sen von hier erst eine Viertelmeile stromabwärts nach

Desewitz fahren, um von da über die Wie-
sen, welche tief unter Wasser liegen, nach
Münsterwalde zu gelangen. Bei ungünstiger Wind-
richtung währte eine Brahmfahrt von hier nach Münster-
walde oder umgekehrt drei Stunden und noch länger.
— Der Postverkehr muß noch immer über Marienburg
geleitet werden, weil die hier jetzt mögliche Verbesserung
über den Strom zu seitraubend ist. — 14. April.
Nachts vorher empfindlicher Frost. Wasserstand 17 Fuß
7 Zoll und steigt langsam. Traject wie gestern.
Königsberg, 14. April. Den gestern von Pillau
ausgegangenen sechs Dampfern ist es nicht gelungen,
das Eis, welches sich wieder gänzlich geschlossen hatte,
zu durchbrechen, so daß sie nach siebenstündiger Arbeit
wieder zurückkehren mußten. Heute sollte Kübe sein,
und morgen zu gleicher Zeit drei Dampfboote von hier
und eine größere Anzahl von Pillau aus die Fahrt
in's Gaff antreten. Man hofft, daß es den vereinten
Kräften gelingen werde, zum Ziele zu gelangen. —
In Cranz ist man gegenwärtig beschäftigt, eine neue
Station zur Rettung von Schiffbrüchigen ein-
zurichten. Der Inspector des Centralvereins in Bremen
reiste gestern bereits voraus, und wurden ihm heute
von hier die erforderlichen Wagen mit der Leinwandrolle
und den Raketen, sowie verschiedene Kisten mit Re-
serveteilen und Rettungsutensilien per Kurbe nach-
geschickt. (R. S. Z.)

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 15. April.

Weizen loco fest, 7/8 Tonne von 2000 H	
fein glattig u. weiß	134-138 200-210 K Br.
hochbunt	132-135 190-195 K Br.
hellbunt	13-133 185-192 K Br.
bunt	126-131 175-185 K Br.
ordinar	132-36 170-175 K Br.
126-134 156-175 K Br.	

Regulirungspreis 126 1/2 bunt lieferbar 185 K
Auf Lieferung 126 1/2 bunt 7/8 April-Mai 185
K Br.
Roggen loco unverändert, 7/8 Tonne von 2000 H
124 1/2 145 K, 126 1/2 147 1/2, 148 1/2 K, 12 7/8 148 K
Regulirungspreis 120 1/2 lieferbar 142 K
Auf Lieferung 7/8 April-Mai 142 1/2 K bez.
und B.
Spiritus 7/8 10,0 0/0 Piter loco 51 K
Beize- und Fonds-course. London 8 Tage
20,665 Gen., do. 3 Mon. 20,435 Br. 4 1/2 % Preussische
Ton olidite Staatsanleihe 105,10 Gd. 3 1/4 % Preuss.
Staats-Schuldenscheine 90,40 Gd. 3 1/4 % Preussische
Pfundbriefe, rittschaflich 86,00 Gd. 4 % do. do.
1500 Gd., 4 1/2 % do. do. 101,60 Gd., 5 R. do. do.
105,00 Gd., 4 1/2 % Danziger Privatbank-Actien 116,00
Gd., 5 % Danziger Hypotheken-Pfundbriefe 100,00 Br.
5 % Pommerische Hypotheken-Pfundbriefe 100,00 Br.
5 % Steintische National-Hypotheken-Pfundbriefe 101,00
Br. 5 % Wienerburger Riegel- und Thomaner-
Fabric 94,00 Br.
Das Borsteher-Amt der Kaufmannschaft.

Danzig, 15. April 1875.

Getreide-Börse. Wetter: regnerisch. Wind:
Nordwest.
Weizen loco wurde am heutigen Markte neben
der Bahnhofs- und vom Speicher auch bereits in
einigen zu Wasser aus Polen angelommenen Ladun-
gen angeboten; die Kaufstift zeigte sich aber ziemlich reger,
wean auch nicht allgemein und sich im Ganzen 150
Tonnen zu fest überabertren Preisen gehandelt wor-
den. Nur Sommer- und rother Weizen konnte letzte
Preise u. st. mehr heben. V. h. h. i. für Sommer-
125 1/2, 174 K, bunt 128 1/2, 183 K, hell-unt 129 1/2
186, 167, 174 1/2, 183 K, hochbunt und glatt 129 1/2,
132 1/2, 195, 191, 192 K, 182 1/2, 193 K extra fitu
34 1/2, 205 K, weiß 130 1/2, 198 K 7/8 Tonne.
Termini ohne Aufschlag, April-Mai 185 K Br. Re-
gulirungspreis 185 K. Gefändigt nicht.
Roggen loco ziemlich unverändert mit maltem
Schlag; bei Partien zu Wasser angelommen, schwer
bisherige Preise zu bedinnen Bert auf worden heute
160 Tonnen und ist bezahlt für 124 1/2 143 K, 126 1/2
147 1/2, 148 1/2 K, 127 1/2 148 K 7/8 Tonne. Termine
unverändert schloffen malter, April-Mai 142 1/2 K bez.
und Br. Regulirungspreis 142 K Gefändigt Nichts.
— Spiritus loco nicht verkauft.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner
Börsen-Depesche war beim
Schluss des Blattes noch nicht eingetroffen.

Bremen, 14. April. Petroleum (Schiff-
bericht) Standard white loco 11 K 80 S Schrot
Wien, 14. April. (Schlußcourse). Bapereente 70 60,
Silberrente 74 80, 185 1/2 Pule 105 00, Panlactien 945 00,
Korbhahn 1860, Creditactien 233 50, Framoln
300 00, Galliaer 237 50, Kassan-Oberberger 132 00,
Badudiger 149 50, Nordwaidhahn 156 00, vo. Lit. B.
78 50, London 111 40, Hamburg 58 95, Paris 44 16,
Frankfurt 83 90, Antwerpen 94 90, Creditactien 186 00,
1860 r. 111 50, Lomb. Export 143 75, 1864 r
Loose 187 50, Unionbank 111 75, Anglo-Austria 183 50,
Napoleons 3, 83, Ducaten 5, 22 1/4, Silbercupons 103 40,
Eisbahnhahn 187 50, Ungarische Prämienactien 83 50,
Preuss. Renten 1, 63 1/2 s.

Schiffs-Dien.

Neufahrwasser, 15. April. Wind: NW.
Angelommen: Anskar, Pte. Copnagan;
Nalora, Bied. Copenhagen; Fortuna, Schacht, Wis-
mar; Marie, Hansen, Wastal; jämmtlich mit Ballast.
— George Healy, Williams, Swinemilde, Asphat.
Geleitet: Str.phanotis (SD), Willis, Riga,
leer. — Dannebrog, Verbe, Aberdeen, Kaschen. —
Marx, Blinn r. Kith; Silda (SD), Smith, London;
beide mit G. treide. — Maria, Reimer, P. Anu, leer.
Ankommeab: 2 Barken, 1 Brigg, 3 Schooner,
1 Schiff.

Thorn, 14. April. — Wasserstand: 15 Fuß 7 Zoll.
Wind: W. — Wetter: fremdlisch.
Stromab:

Ulawst, Goldmann, Ploch, Danzig, Steffens S., 291 K. Weizen.
Bessolowst, Rogozinski, Paltusk, Danzig Odre, 2362 K. 74 K. Weizen.
Bessolowst, Rogozinski, Paltusk, Danzig Odre, 3302 K. 34 K. Weizen.
Wobrowski, Malow, Paltusk, Danzig, Odre, 3340 K. Weizen.
Tulkewicz, Talans, Paltusk, Danzig, Odre, 2162 K. 16 K. Weizen, 1936 K. 72 K. Roggen.
Ramoginski, Malow, Paltusk, Danzig, Gold- schmidts S., 2540 K. Weizen.
Wieder, Aokanas, Dinowo, Danzig, Steffens S., 2646 K. 54 K. Roggen.
Peters, Lewler, Thora, Bromberg (Königl. Mühle), 2587 K. 84 K. Weizen.

Meteorologische Beobachtungen.

April.	Umbd.	Barometer- Stand im Var. Anien.	Thermometet im Freien.	Wind und Wetter.
15	8	337,40	+ 8,2	W., flau, feiner Regen.
16	19	337,70	+ 4,0	N., flau, feiner Regen.

Adolph Lotzin,

Manufaktur- und Seiden-Waaren-Handlung, Langgasse No. 76,

beehrt sich ergebenst mitzutheilen, daß in seinem Etablissement die

Mode-Neuheiten für die Frühjahrs- und Sommer-Saison

zur gefälligen Ansicht ausgelegt worden sind.

Die neue Robenstoff-Collection

empfiehlt sich sowohl durch modernes Farben-Sortiment, wie auch ganz besonders durch solches und dauerhaftes Fabrikat:

Schwarze und farbige Seiden-Bareges und Alpaca-Mozambiques.

Elsasser Druckstoffe jeder Art, als: Jaconas, Cretonnes, Batistes, Foulards und Satins.

Elsasser halbwoollene, feingestreifte und kleincarrirte Grisaille-Stoffe.

Elsasser und Augsburger Kleider-Cattune, Piques und Rips-Piques.

Feinwoollene Sommer-Popline, als: Toile d'Asie und Batiste d'Asie.

Schwarze und farbige Seiden-Mohairs und Seiden-Alpacas.

Aechte Ostindische seidene Bast-Roben, gewaschen, also nadelfertig.

Gestreifte Seiden-Stoffe

in größter Auswahl empfiehlt billigt

W. JANTZEN.

Von Stroh-Hüten, Ausschußwaare, nur neue Formen,

ist ein großer Posten eingetroffen und gesondert zum Verkauf ausgestellt. Die Hüte sind fast fehlerlos und empfehlen sich (auch Wiederverkäufern) durch außerordentliche Billigkeit.

L. J. Goldberg.

Freireligiöse Gemeinde.
Freitag, 16. April, Abends 7 1/2 Uhr,
Gemeindeversammlung im Saale des Ge-
werbehäufes. Vortrag des Herrn Prediger
H. d. n. über die „Gesellschaft der Freunde“
(Quäker) — Mittheilungen des Vorstandes.

Seine Verlobung mit Fräulein
Olga Daniel, jüngsten Tochter
des Hotelbesizers Herrn Daniel
aus Suowracław, beehrt sich an-
zuzeigen
Adolph Czwillinski,
Bromberg, den 11. April 1875.

Den heute Morgen 2 1/2 Uhr nach kurzen,
schweren Leiden erfolgten sanften Tod,
unserer geliebten Frau, Tochter, Schwester,
Schwägerin, der Frau
Marie Lietsch geb. Dietrich

im 25. Lebensjahre zeigen tief betrübt an
die Hinterbliebenen
C. Schilke u. Frau
geb. Spiegelberg.
A. Lietsch, Mann.
Langfuhr, den 15. April 1875.

Königsberger Pferde-Lotterie a 3 R.,
Ettiner " " a 3 "
Zisterberger " " a 3 "
Rothflecker " " a 3 "
Schlesw.-Vollst. Lotterie, " Kaufloose zur
4. Klasse (22. April cr.) a 6 R. bei
Theodor Vertling, Gerbergasse No. 2.

Matten, Mäntel, Motten, Schwaben,
Wanzen, etc. vertilgt mit
jähr. Garantie. Auch empf. Wangentinktur,
Mottentzucht, Insektenpulver etc.
F. Drehting, R. R. app. Kammerj.
Fischergasse 31. (4393)

Fette Puten
empfehlen
Magnus Bradtke. (4941)

Wollsäcke
empfehlen
N. T. Angerer,
Langenmarkt 35.

Seiten Münchenschlachs in großen schönen
Fächern, marinirten Lachs in
Fächern, versende zum billigsten Preise
Albert Meck,
Heiligegeistgasse No. 29.

Drahtstifte in allen
Dimensionen, Papp- u. Rohr-
nägeln empfiehlt billigt
Johann Prey,
Heiligegeistgasse No. 66.

Perf. Köchinnen und Stubenmädchen
empf. d. G. s. Bureau Roblenmarkt 30.

Schuh- und Stiefel-Lager

Das
von
L. H. Schneider,
26. Jopengasse, Jopengasse 26,
empfehlen seine wie bekannt reellen
Fussbekleidungen zur Sommer-Saison hierdurch
ganz ergebenst.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem hochgeehrten Publikum, wie meinen werthgeschätzten Kunden beehre
mich ergebenst anzuzeigen, daß ich mit heutigem Tage hier selbst
Heiligegeistgasse 16,

einen
Bazar für Damen- und Kinder-Garderobe
eröffnet habe.
Unterstützt durch langjährige Thätigkeit in dieser Branche, werde ich jeber-
zeit bestrebt sein, durch reelle, pünktliche und billige Bedienung mir ein gültiges
Wohlbekanntes zu erwerben und dauernd zu erhalten.
In dem ich bitte, meinem Unternehmen eine gütige Unterstützung anzuzeigen
zu lassen, zeichne ich hochachtungsvoll

Bertha Castner,
geb. Schmidt.

NB. Bestellungen werden in möglichst kürzester Frist bei sanfterster Aus-
führung und zu billigen Preisen erledigt. Die neuesten Modereisungen und
Schnittmuster liegen zur gefälligen Ansicht bereit. (4965)

Cigarren-Ausverkauf.

Wegen Geschäfts-Aufgabe zu Fabrikpreisen:
Diverse feine Havannas von 60—30 R. pr. Mille;
„Caprisocho de Cuba“, früher 35 R., jetzt 30 R.;
„Rodriguez“ in 1/20 Risten, statt 30 R., jetzt 22 R.;
„Upmann“, schöne Qualität, weißer Brand, statt 20 R. jetzt 16 R.;
diverse Sorten statt 15, 13 und 10 R., jetzt 12, 10 1/2 und 8 1/2 R.
Unter 100 Stk. werden zu obigem Preise nicht abgeben. Restpartien sehr
billig. Wiederverkäufern besondere Vortheile. (4782)

Melzergasse 37. Louis Schwaan & Cie.

Ich suche eine anspruchslose ältere Dame
zur Pflege meines jetzt 3 Monate alten
Töchterchens. Sonnabend, den 17., bin ich
von 2—4 Uhr Mittags in Scheerbar's
Hotel in Danzig zu sprechen.
Fr. Stargardt, 14. April 1875.
Staatsanwalt Janske.

Sieben zweijähr. Stiere
(Durchschnittsgewicht 700 R. = 305 Kilo) sind
verkauft bei Hs. Woeller, Adl. Kammer
pr. Christburg. (4928)

Getreide-Säcke,
dauerhaft und vom besten Drillich gear-
beitet, empfiehlt zu Fabrikpreisen
Adolph Zimmermann.

Eleganteste Neuheiten
in
Sonnenschirmen,
En-tout-cas u. Regenschirmen
werden diesmal zur Saison ausnahmsweise zu niedrig-
sten Preisen verkauft bei
Alex. Sachs,
Schirm-Fabrik, Maßlauschegasse.

Vorräthig bei Th. Vertling, Gerbergasse 2, Carite, histor. Beschreibung von
Danzig, m. Kpr. (einige Blätter fehlen) 3 R.; Ritter's geogr. statist. Krönung
2 1/2 R.; Bouillet, Lehrbuch der Experimentalphysik u. Meteorologie, 2 Bde. (5 1/2 R.)
25 R.; Wiener's Conversations-Lexikon, 2. Aufl. 16 Bde. m. Kpr. u. Karten, geb.
(40 R.) 25 R.; S. Biedle, eine Selbstschau, (2 1/2 R.) 25 R.; Staudenmeier, der
Geist des Christenthums, 2 Bde. (2 1/2 R.) 20 R.; Historische Gemälde in Erzählungen
merkwürdiger Begebenheiten aus dem Leben berühmter und berühmter Mensch'n, 20 Bde.
m. Kpr. geb. 2 R.; Meyer's Volksbibliothek für Kinder, Völkler und Naturkunde,
63 Theile m. Kpr. u. Kar'ten geb. (Kpr. u. geb. 8 R. 12 R.) 2 1/2 R.; Blumenhagen's
sämmtl. Schriften, 16 Bde. m. Stahlstichen bibl. geb. (12 R.) 4 R. 15 R.; Conversations-
Lexicon des Wissens, Humors u. d. Satire, 6 Bde. eleg. geb. (8 R.) 4 R. 15 R.;
Scherr, Schüler und seine Zeit, 3 Tble. geb. (1 1/2 R.) 1 R.; Hli-gende Wörter, Band
56 u. 57 (Jahrg. 1872) statt a 2 1/2 R. für a 1 R.; Doid's Verwandlungen überl. von
Kode, 2 Bde. (4 R.) 25 R. (4926)

Englischen
Steintoblentheer,
Dachlad, Dachpappen, Streifen, Matten,
Kügel, Asphalt, Kalk, Cement, Dicht-
werk, schweb. Theer, Pech, Prima
Wagenfett, Kochsalz, Butterfett, Vieh-
fett und Steinsalz empfiehlt zum
billigsten Markt Preise,
En gros & en detail
G. Klawitter,
Danzig,
Mitschannengasse 8.
(4907)

Für ein literarisches Unternehmen wird
ein gewandter
Reisender
bei hoher Provision gesucht.
Offerten werden unter Nr. 4671 in der
Exped. der Danz. Ztg. erbeten.

Seeschiffer-Verein.
General-Versammlung
Freitag, den 16. April,
Abends 7 Uhr,
im Gesellschaftshause. (4950)

Montag den 3. und Dienstag den 4.
Mai 1875
im Saale des Schützenhauses
2 Concerte
vom Königl. Musikdirector
B. Bilse
mit seinem aus 65 Künstlern bestehenden
Orchester aus Berlin.
Numerirte Plätze 3 Mark.
Nichtnumerirte Plätze 2 Mark.
Notirungen bei F. A. Weber, Buch-
kunst- und Musikalienhandlung. (4912)

Selonke's Theater.
Freitag, 15. April. Ein edles Weib.
Schauspiel. Dr. Besäke. Post. Scene
und Duett aus 500,000 Tenzel.
F. A.
Freitag 7 1/2 Uhr. Klossau.

Verantwortlicher Redacteur D. Ködner.
Druck und Verlag von A. B. Kafemann
in Danzig.
Hierzu eine Beilage.

Auction
mit
Original-Oelgemälden,
Langenmarkt 20.

Montag, den 19. April und
nöthigenfalls Dienstag, 20. c.,
Bormittags 11 Uhr,

werde im Auftrage des Kunsthändlers Herrn
J. Rosenthal aus Wien a. O.
ca. 129 Original-
Oelgemälde

von Wiener und Münchener Meistern ge-
arbeitet, in prachtvollen Goldrahmen, öffent-
lich meistbietend gegen bare Zahlung ver-
kaufen, wozu höflichst einlade.

Richard Arndt
vereidigter Auctionator,
Suntergasse 5.
4947)

Musikalien-Leihinstitut
bei
F. A. Weber,
Buch-, Kunst- u. Musikalien-
Handlung,
Langgasse No. 78.
Günstigste Bedingungen.
Größtes Lager neuer Musikalien.

Pfeiffer's Atelier
für künstl. Zähne befindet
sich Heiligegeistgasse 109.

**Für meinen Schreib-
Unterricht für Erwachsene**
nach der anerkannt besten (Carstairs-
schen) Methode, nehme ich Meldungen
entgegen Langgasse 33 im Comtoir.
5530) **Wilhelm Frisch.**

**Yellowmetall, Kupfer,
Zink von Schiffsböden**
kauft und zahlt den höchsten Preis
die Metallschmelze von
S. A. Hoch,
Johannisstraße 29.

Wollsäcke
von 6 bis 15 1/2 Z. schwer, à 3 Ck. Inhalt,
empfiehlt von 22 1/2 bis 1 1/2 Z.
Otto Retzlaff,
Commanbte, Milchmangasse No. 13.
Probefläche nach auswärts franco.

Chilialpeter
aus schwimmender Ladung, zu erwarten im
Monat April, offeriren
Dauben & Iok.
4858)

**Vorzüglich schönen
Sahnen-Käse**
erhält und empfiehlt
4834) **J. Mierau,** Fischmarkt 11.

Nordhäuser Kautabak,
prima Qualität, erhält neue Sendung
in verschied. Packungen und empfiehlt
denselben billigst.
Albert Kleist,
2. Damm No. 3.

**Frisch geröstete
Dampf-Cassée's,**
vorzüglich von Geschmack à 16, 17, 18 Sgr.,
empfehlen
Gebr. Zander,
71 Breitgasse u. Fischmarkt 41.
Hiermit bringe mein

**Berliner
Billard-Commissions-Lager**
zur gefälligen Beachtung und empfehle das-
selbe unter Garantie zu Fabrikpreisen.
Carl Volkmann, Heiligegeist-
gasse 104.

Gartenbesitzern
empfiehlt in großer Auswahl:
Gartenmischeln zu Beeteinfa-
sungen, zu Gärten- und Fontain-
anlagen, Grottenstein in schönster
Formation.
August Hoffmann,
4468) Heiligegeistgasse 26.

**Das
Masken-
Geschäft**
von **L. Schultze,**
Heiligegeistgasse 69, am
Thor, empfiehlt zu Vor-
trägen, Polsterarbeiten u. s. w. seine reich-
haltige Garderobe. Bestellungen auf ganze
Quadrillen bei billiger Berechnung nimmt
achtungsvoll entgegen **L. Schultze.**

Späten Rothflee
unter Garantie und von vorzüglich schöner
Qualität offerirt
F. W. Lehmann,
4797) Melzergasse 13. (Fischerthor.)

**Saat-Buchweizen u.
Rübfuchen** empfiehlt billigst
Adolph Zimmermann,
4686) Holzmarkt 23.
In Mirabau bei Hoch-Stübblau wird ein
Eleve zum sofortigen Antritt gesucht.

Stroh-Hüte
in allen Gattungen, sowie eine sehr große Auswahl in
garnirten Hüten
halte hiermit bestens empfohlen. Meine geehrten Kunden bitte ergebenst, ihre
geschätzten Aufträge baldmöglichst ertheilen zu wollen, da das ungünstige
Wetter eine zu große Ueberhäufung zu Bürgeln hervorzurufen wird.
Hochachtungsvoll
Carl Reeps,
4935) Sandegasse 15, vis-a-vis der Post.

Hiermit die ergebene Anzeige, daß vom heutigen Tag die Herren
Carl Krieger, Ziegengasse 1,
V. L. v. Kolckow, Weidengasse 32
und vom 1. Mai cr. ab
Hr. Th. Becker in Zoppot, Seestraße 21,
vis-a-vis Hochbaum's Hotel, eine Niederlage meiner sämtlichen Vore übernommen
haben und Aufträge prompt effectuirt werden.
Danzig, den 15. April 1875.

J. Jacobsohn,
Bier-Verlags-Geschäft,
Langgarten 113.
4930)

Das
Mode-Magazin
von
L. Hesse Nachfolgerin
(B. Dunayska)
Wollwebergasse No. 2,
empfiehlt sämtliche Neuheiten für die Frühjahr- und Sommer-Saison in
garnirten und ungarirten Hüten, Hauben und Coiffuren in größter geschmack-
voller Auswahl zu sehr billigen Preisen.

Filzhüte in grau, braun und schwarz, in den
verschiedensten modernen Formen,
Seidenhüte in den neuesten Façons und so-
ber Arbeit,
Mützen von nur guten Stoffen, beste Leipziger
Waare,
**Engl. Stroh Hüte, Palm-
hüte, Panama** empfiehlt
R. Upleger,
Hut-Fabrikant, Langgasse No. 40.
Für das Gutfinden der engl. Strohhüte Garantie. — Bestellungen werden
unter meiner persönlichen Leitung sofort und auf das Pünktlichste ausgeführt. (4827)

Tricotagen
für die Sommer-Saison, als:
leichte wollene Hemden, für Herren u. Damen,
seidene Hemden, für Herren und Damen,
engl. Merino (1,2) wollene) für Herren u. Damen,
leichte baumwollene Beinkleider für Herren,
Damen und Kinder
4664) empfiehlt bestens
Otto Harder,
Gr. Krämergasse 3.

R. Deutschendorf & Co., Danzig,
Säcke-Fabrik und Leinen-Handlung
empfehlen ihr großes Lager
fertiger Wollsäcke,
bestehend in Engl. Sackings, extra schwer, 10, 11—13 Zoll-Pfd., 35, 40, 45 Sgr.,
Domm. Leinen, 10—11 Pfund, 35, 40 Sgr.,
Engl. Sacking, No. II, 8—9 1/2 Pfund, 30, 34 Sgr.,
feinen leichten Säcken (Gestänge) 20—33 Sgr.
Lieferung erfolgt prompt und reell.
Proben werden auf Wunsch zugesandt. (4152)

Große Auction von Original-Oelgemälden
im Friedrich-Wilhelm-Schützenhause.
Freitag, den 16. April, Vorm. 10 Uhr, werde ich im Auftrage des Herrn
J. G. Heintzsch in Berlin, Unter den Linden 18, wiederum
40 Stück Oelgemälde bekannter Meister
meistbietend gegen kaar versteigern.
Besonders hebe Gemälde von F. Kaiser, Meir und S. Pistor hervor. Für
Originale wird garantiert. Beschichtigung täglich von 10—4 Uhr. (4738)

Herings-Auction.
Dienstag, den 20. April 1875, Vormittags 10 Uhr,
Auction mit:
norwegischen Fett-Seringen in diversen Marken, und
schottischen crownbrand Thlen, Mixed, Matties
und Tornbellies-Seringen
im Herings-Magazin, „Lange-Kauf“, Döpfengasse No. 1, von
Robert Wendt.

In dem Gr. Ausverkauf
des zur A. Berg'schen Concursmasse gehörigen Waaren-Lagers, Borchthausen-
gasse No. 8, kommen
Freitag, den 16., und Sonnabend, den 17. April cr.,
zu gerichtlichen Taxpreisen
zum Verkauf:
Nur die neuesten und ungarirten Damen-
Sommerhüte, Gardinenzeuge, echte Federn und Flügel,
Agraffen, ooul. und schwarze Spitzen und Tülls, faconirte
Seiden-Stoffe und Bänder, Blumen-Garnierungen, Hut-Bar-
ben; ferner: die modernsten Plissée-Rüschen, Fichus
und Garnierungen, Spitzen- und Perl-Fischus, Piqué-
Hütchen, garnirte Hauben, seidene Shawls, Schür-
zen, Herren-Chemisette, Schlipse, leinene Tücher, Glacée-
Handschuhe, echte Sammete u. Sammetbänder, Strümpfe,
feine Manschettenknöpfe, leinene Kragen, Stulpen.

Specialdünger
für Weizen, Roggen, Gerste, Erbsen, Hafer, Wicken, Kartoffeln, Rüben, Weißkohl,
Klee u. s. w., Bienen-Rali-Phosphat und Kali-Magnesia-Phosphat, schwefelsaures Ammonial,
Stickstoff und Meißelones-Guano-Superphosphat, sowie Gummidünger und Stahlfurter
Kalksalze liefern wir zu billigen Preisen unter Garantie für den in unseren Preis-
Verzeichnissen angegebenen Gehalt an Stickstoff, Phosphorsäure und Kali.
Aufträge werden in unserem hiesigen Comtoir, Sandegasse No. 57, und auch
in **Schöneck W.-Br. von Herrn J. Dombrowski**
in **St. Crone von Herrn J. M. Werner**
entgegen genommen.
**Guano-Niederlage und
Danziger Superphosphat-Fabrik,
Actien-Gesellschaft.** (3753)

Die
Preussische Portland-Cement-Fabrik
Actien-Gesellschaft
DANZIG.
Comtoir: Milchmangasse 34, Speicherinsel,
offerirt ab **Fabrik Dirschau** und ab **Lager Danzig:**
Portland-Cement
in stets frischer Waare,
Hydraulischen Kalk,
vorzüglich geeignet zu Betonirungen und Fundamentirungen, überhaupt zu Mauerungen
in feuchtem Grunde. (4577)

Die W. D. feine Fleisch-Waaren-Handlung
von **R. Alexander, Breitgasse 92,** W. D.
empfiehlt zum bevorstehenden Passafeste ihr Lager in frischer und geschmackvoller Waare,
als: Cervelat, Knoblauch, Gewürz-, feine und gewöhnliche Leberwurst, Wiener und
Knoblauchwürstchen, Pöbel- und Ränderzungen, Pöbel- und Ränderbrüste, Gänse- und
Hinderchmalz u. c.
Aufträge nach außerhalb werden rechtzeitig erbeten, um pünktlich
ausgeführt werden zu können. (4780)

Meinen werthen Kunden die ergebene Anzeige,
daß ich am 1. April cr. mein Haus, Sandegasse 119,
mit Colonial- und Material-Waaren-Geschäft künf-
lich an Herrn **A. v. Zynda** abgetreten habe.
Indem ich für das mir geschenkte Vertrauen
bestens danke, bitte ich, dasselbe auch auf meinen
Herrn Nachfolger gütigst zu übertragen.
Danzig, den 1. April 1875.
C. W. H. Schubert.
Auf Obiges Bezug nehmend, bitte ich das mei-
nem Herrn Vorgänger in so reichem Maße geschenkte
Vertrauen auch auf mich gütigst übertragen zu wollen.
Danzig, im April 1875.
Hochachtungsvoll
A. v. Zynda,
Sandegasse 119.

Für die bewirkte Heilung des
Stotterens meiner Tochter
sage ich Herrn **Ferd. Schmidt**
zu Danzig, Breitgasse 19, meinen
besten Dank.
Timm.
Montauerfelde, d. 15. April 1875.

Eine Krugwirthschaft
in einem großen Kirchdorfe, mit 13
Morg. Land und außerdem noch ein neues
Haus, welches 100 R. Miete bringt, 2
M. von einem Bahnh. an der Chaussee
belegen, soll bei fester Hypothek für den
billigen Preis von 4900 R., mit 1500
bis 2000 R. Anzahlung schleunigst ver-
kauft werden, auch kann der Verkauf ohne
das neue Haus und 9 Morgen Land
geschehen, wodurch der Preis sich noch be-
deutend billiger herausstellt.
Alles Nähere und Ausführl. durch
C. W. Helms, Danzig, Döpfengasse 23

Seltener Verkauf.
Ein massiv. herrsch. eisgeb. Gut
von 407 M. pr., incl. 40 M. Wiesen, 15 M.
Wald, Torf u. Fischerei, an Chaussee, 1/2 M.
v. Bahnhof, Stadt u. Döbel-Canal, ist m.
v. Inventarium, wobei 12 Wästel, auf
best. 104 Sch. Winterung, 5000 Tsch. fester
Hypothek, für 15,000 Thlr. bei billiger An-
zahlung schleunigst zu verkaufen durch
J. C. Haberbecker, Elbing
In Schwarzwalde bei Elbing sind
3 fette Holländer Kühe
zu verkaufen.
O. Herrmann.
Ein eleg. möbl. Saal nebst Kabinett
ist Sandegasse 79, 1 Tr., zum 1.
Mai zu vermieten. (4868)

Sämtliche in Del geriebene und
trockene Farben, sowie Firnis
und Leinöl, empfehlen billigst
Gebr. Zander,
Fischmarkt No. 41.

Zwei eleg. Rappen,
Bayerische, Hengst und Wallach, 4 1/2 groß,
stehen zum Verkauf in Wohnung bei
Höben Westpr. (4951)
Zwei hellbr. egale, fehlerf., starke
Wagenpferde, Wallach, 6 Zoll groß,
9 Jahre alt, ferner 2 dunkelbraune,
kräftige Arbeitspferde, Wallach und
Zug, 4 Zoll groß, 7 Jahre alt und ein
Frahener Hengst, schlechtfrei, dunkelbraun,
geschoren und geritten, 10 Jahre alt, stehen
zum Verkauf. Wo? sagt d. Exp. d. Stg.
Ein eleganter Halbwagen auf Patent-
achsen, von Neuk in Berlin, sehr gut
erhalten, steht in Sanktenczin bei Danzig
zum Verkauf. (7437)

Zur Beaufsichtigung und Leitung zweier
Mädchen von 3 und 5 Jahren wird
zum 1. Juli eine zuverlässige Sonne
gesucht, welche schon eine solche Stellung
gehabt und darüber gute Zeugnisse auf-
weisen kann. Adr. u. 4811 bietet man i.
d. Exp. d. Stg. einzureichen.
Ein junger Mann zur selbstständigen
Führung eines Materialwaaren-Ge-
schäfts nach auswärts, möglichst der poln.
Sprache mächtig, sowie ein Lehrling für ein
solches Geschäft hier, können sich melden
Holzschneidgasse 2. (4910)
Das im vor. Jahre in Zoppot neu er-
baute Haus nebst d. Gängebrücke, m. d.
Aussicht auf d. See, elegant u. bequem ein-
gerichtet, ist im Ganzen oder geheilt für den
Sommer, od. Sommer und Winter zu ver-
mieten. Näh. Seestraße 56. (3995)
Verantwortlicher Redakteur **S. Ködner.**
Druck und Verlag von **A. W. Rasemann**
in Danzig.